

NIEDERSCHRIFT
ÜBER DIE 07. SITZUNG DES KREISTAGS DES RHEIN-LAHN-KREISES
IN DER 10. WAHLPERIODE AM 14.12.2015
IN BAD EMS

Es sind anwesend:

A. Vorsitzender:

Herr Landrat Frank Puchtler Oberneisen

B. Kreisbeigeordnete:

Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram Nievern
Herr Kreisbeigeordneter Horst Gerheim Obernhof
Herr Kreisbeigeordneter Karl Werner Jüngst Niederneisen

C. Mitglieder des Kreistages:

Herr Aslan Basibüyük Dachsenhausen
Frau Monika Becker Winden
Herr Matthias Boller Lahnstein
Herr Klaus Brand Ehr
Herr Jörg Denninghoff Allendorf
Herr Christoph Ferdinand Lahnstein
Herr Manfred Friesenhahn Weisel
Frau Erika Fritsche Winden
Herr Harald Gemmer Eisighofen
Herr Carsten Göller Eschbach
Herr Günter Groß Lahnstein
Herr Jens Güllering Kestert
Herr Bernd Hartmann Gemmerich
Herr Heinz Keul Fachbach
Herr Horst Klöppel Katzenelnbogen *(bis 19:20 Uhr/TOP 4)*
Herr Hans-Josef Kring Lykershausen *(ab 17:40 Uhr bei TOP 3a-
bis 19:20 Uhr bei TOP 4)*
Frau Gabriele Laschet-Einig Lahnstein
Herr Johannes Lauer Lahnstein *(ab 18:00 Uhr bei TOP 3a)*
Herr Franz Lehmler Nievern
Herr Ulrich Lenz Katzenelnbogen
Herr Jürgen Linkenbach Dausenau
Herr Dennis Maxeiner Dahlheim
Herr Dietmar Meffert Diez
Herr Ernst-Georg Peiter Miehlen

Herr Udo Rau	Nassau
Herr Oliver Sacher	Gemmerich
Herr Peter Schleenbecker	Katzenelnbogen
Herr Michael Schnatz	Diez
Herr Thomas Scholl	Oelsberg
Frau Evelin Stotz	Schiesheim
Herr Birk Utermark	Bad Ems
Frau Irmtraud Wahlers	Fachbach
Herr Josef Winkler	Bad Ems
Herr Mike Weiland	Kamp-Bornhofen <i>(bis 19:20 bei TOP 4)</i>
Herr Emil Werner	Nastätten

D. Es fehlen:

Herr Karl Peter Bruch	Nastätten
Herr Raimund Friesenhahn	Dahlheim
Herr Werner Groß	Lahnstein
Herr Peter Labonte	Lahnstein
Herr Matthias Lammert	Diez
Herr Josef Oster	Bad Ems
Frau Rita Wolf	Braubach

E. Von der Verwaltung:

Frau Büroleiterin Ute Hahn
Herr stellvertretender Büroleiter Friedhelm Rücker
Herrn Geschäftsbereichsleiter Hans-Ulrich Schöberl
Herr Abteilungsleiter Jürgen Nickel
Frau stellvertretende Abteilungsleiterin Sabine Adam
Herr Referatsleiter Ralf Zimmerschied
Herr Abteilungsleiter Bernd Dietrich
Herr Abteilungsleiter Dr. Gerwin Dietze
Herr Abteilungsleiter Bernd Menche
Frau Severin Holl
Herr Abteilungsleiter Joachim Klein
Herr Abteilungsleiter Dieter Petri
Herr Klaus Pirkheim
Herr Abteilungsleiter Manfred Crecelius
Herr Wilhelm Herm, Projektkoordinator Breitband
Herr technischer Werkleiter Günter Müller
Frau Oline Weidenfeller
Herr Jürgen Pirrong, Beauftragter für Migration und Integration
Frau Köhler, Vorsitzende des Personalrates
Herr Gilberg-Rindsfüßer

F. Schriftführerin:

Frau Anna Klein

G. Gäste:

Herr Werner Haupt, ehem. Erster Werkleiter des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft des Rhein-Lahn-Kreises

Herr Seekatz, Nassauische Sparkasse

Herr Fabich, Nassauische Sparkasse

Herr Andreas Joeckel, Rhein-Lahn-Zeitung

Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Lahn-Kreises

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung des Kreistags um 17.05 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Hinsichtlich der mit Schreiben vom 02.12.2015 vorgelegten Tagesordnung werden *keine* Einwendungen erhoben bzw. *keine* Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Tagesordnung wie folgt einstimmig beschlossen wird:

ÖFFENTLICHE SITZUNG:

1. Genehmigung der Niederschrift

2. Beteiligungen;

Fortführung der stillen Einlage an der ZVN Finanz GmbH sowie Übernahme einer Bürgschaft

3. Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;

a) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltplan des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2016 (inkl. Anlagen)

b) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Forstwirtschaftsplan 2016)

c) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft

4. Vereinbarung über die Errichtung einer Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Diez

5. Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Montabaur

6. Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder

7. Einwohnerfragestunde

8. Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet der **Vorsitzende**, den im Laufe des Jahres verstorbenen ehemaligen Mitgliedern des Kreistags und Kreisdeputierten/-beigeordneten, ehemaligen Ausschussmitgliedern sowie Mitarbeitern zu gedenken.

- ❖ Herr Willi Diel (SPD) verstarb im April 2015. Herr Diel war von 1994 - 2001 Kreisbeigeordneter, von 1999 – 2001 Mitglied der Verbandsversammlung Schloss Balmoral und von 1956 - 2001 Mitglied des Kreistags.
- ❖ Herr Hans Eibel (CDU) verstarb im September 2015. Herr Eibel war von 1981 - 1999 Kreisfeuerwehrenspekteur.
- ❖ Herr Reinhard Seibel (CDU) verstarb im November 2015. Herr Seibel war von 1974 - zuletzt Mitglied des Kreisrechtsausschusses, von 1986 – 1989 Mitglied des Partnerschaftsausschusses, von 1984 – 1994 stv. Mitglied im Fremdenverkehrsausschuss, von 1994 - 2004 Mitglied im Fremdenverkehrsausschuss, von 2000 – 2005 stv. Mitglied im Naturschutzbeirat, von 2001 – 2006 Kreisjagdbeirat und von 1999 - 2001 Mitglied der Verbandsversammlung Schloss Balmoral.
- ❖ Herr Albert Reinhard, Landrat a.D., verstarb im November 2015. Herr Reinhard war von 1958 – 1969 Landrat des damaligen Unterlahnkreises.
- ❖ Herr Ottmar Canz (CDU) verstarb im Dezember 2015. Er war in diversen Gremien kommunalpolitisch aktiv, u.a. von 1994 - 2009 Mitglied des Kreistags, 1994 - 2009 Mitglied des Kreisausschusses, 2004 – 2009 Mitglied des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Tourismus und ÖPNV (bis 1999 stv. Mitglied), 2004 - 2009 stv. Mitglied der Hauptversammlung LKT, 1994 – 2004 Mitglied im Fremdenverkehrsausschuss, 1994 - 1999 Mitglied der Gesellschafterversammlung WFG, 1999 – 2004 stv. Mitglied der Gesellschafterversammlung WFG, seit 1994 Patientenführsprecher und bis zuletzt als Patientenführsprecher tätig.
- ❖ Frau Petra Scholz, Mitarbeiterin der Kreisverwaltung, verstarb im November 2015. Frau Scholz war seit 1981 bei der Kreisverwaltung tätig.

Den Verstorbenen gebühre in dankbarer Erinnerung Anerkennung und Respekt.

Die Anwesenden gedenken der Verstorbenen in einer Schweigeminute.

Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift

Gegen die vorgelegte Niederschrift der 06. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode vom 28.09.2015 werden *keine* Einwendungen erhoben bzw. keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen, so dass die Niederschrift einstimmig genehmigt wird.

Punkt 2:

Beteiligungen;

Fortführung der stillen Einlage an der ZVN Finanz GmbH sowie Übernahme einer Bürgschaft

Der **Vorsitzende** begrüßt Herrn Seekatz und Herrn Fabich von der Nassauischen Sparkasse. Er übergibt das Wort an Herrn **Fabich**, der sich kurz vorstellt. Im Anschluss übergibt der Vorsitzende Herrn Seekatz das Wort.

Herr **Seekatz** gibt einen Rückblick über die Zusammenarbeit der letzten 10 Jahre. Im Jahr 2010 sei die Laufzeit verlängert worden. Es sei verabredet worden, die Konditionen nicht für die gesamte Laufzeit festzulegen. Im Jahr 2015 sei eine Neufestlegung der Konditionen erforderlich und festgelegt gewesen.

Die zeitliche Abfolge, die im Vertrag im Jahr 2006 angelegt worden sei und im Jahr 2010 nochmal bestätigt worden sei, sehe vor, dass in diesem Jahr ein Gutachten zu den Konditionen erstellt werde. Gemäß dem eingeholten Gutachten bewege sich der marktgerechte Aufschlag in einer Spanne zwischen 2,6 % und 3,0 % und wurde auf 2,9 % festgesetzt. Dies solle während der tatsächlichen Laufzeit bis zum Zinsüberprüfungstermin zum 31.12.2025 gelten. Grundlage sei ein vorgelegtes Marktgleichheitsgutachten der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Er erläutert zudem das Kündigungsrecht des stillen Gesellschafters in der Prolongationsvereinbarung aus dem Jahre 2010. Gleichzeitig erläutert er eine Anpassung der Kündigungsmöglichkeiten, welche auf den veröffentlichten Rechtsvorschriften unter Basel III beruhen. Es sei insbesondere kein Kündigungsrecht des Gläubigers vorgesehen, weshalb solche Verträge für die Naspa aufsichtsrechtlich nicht anerkennungsfähig seien. Ein weiterer Aspekt sei die Übernahme einer Bürgschaft. Aufgrund der fehlenden Unternehmenseigenschaft der ZVN Finanz GmbH sei dies beihilferechtlich unbedenklich. Ein Verzicht auf das in der Prolongationsvereinbarung geregelte Kündigungsrecht sowie die Übernahme einer Ausfallbürgschaft bedürften noch der Zustimmung der Kommunalaufsicht.

In anderen Kreistagen seien bereits positive Entscheidungen getroffen worden.

Der **Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Seekatz für die Ausführungen.

Es folgt eine kurze Aussprache der Kreistagsmitglieder.

Der Kreistag beschließt bei einer Gegenstimme:

1. Der Fortsetzung der stillen Einlage des Rhein-Lahn-Kreises bei der Nassauischen Sparkasse über die ZVN Finanz GmbH wird unter folgenden Rahmenbedingungen zugestimmt:

- Garantierte Verzinsung für die eingezahlte stille Einlage auf der bisherigen Basis des 12 Monats Euribor-Zinssatzes (festgestellt jeweils am letzten Bankarbeitstag eines Kalenderjahres), zzgl. eines voraussichtlichen Aufschlages in Höhe von 2,9 % (bisher 2,58 %) p.a. während der tatsächlichen Laufzeit bis zum Zinsüberprüfungstermin zum 31. Dezember

2025. Grundlage der Verzinsung ist ein vorgelegtes Marktgerechtigkeitsgutachten der PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft.

- Es wird der Verzicht auf das in der Prolongationsvereinbarung geregelte Kündigungsrecht der stillen Einleger ab dem Jahr 2018 sowie die Zustimmung zu der Verlängerung der Kündigungsfrist für außerordentliche Kündigungen der Nassauischen Sparkasse auf fünf Jahre, vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht, beschlossen.

2. Der Refinanzierung der stillen Einlagen über die ZVN Finanz GmbH in Verbindung mit einem die HSH Nordbank ablösenden Kreditinstitut wird zugestimmt.

3. Der Übernahme einer 100 %igen modifizierten Ausfallbürgschaft zur Sicherung der Finanzierung der stillen Einlage durch die ZVN Finanz GmbH in Höhe von 10 Mio. € wird vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht zugestimmt.

4. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine Avalprovisionsvereinbarung mit der ZVN Finanz GmbH abzuschließen, in dem die seitens der Gesellschaft für die Gewährung der Bankbürgschaft zu zahlende Avalprovision in Abhängigkeit zur Höhe der Refinanzierung festgelegt wird.

5. Der Aufnahme des Rheingau-Taunus-Kreises in den Gesellschafterkreis der ZVN Finanz GmbH wird zugestimmt.

Punkt 3:

Haushalt des Rhein-Lahn-Kreises;

a) Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan des Rhein-Lahn-Kreises für das Haushaltsjahr 2016 (inkl. Anlagen)

b) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Forstwirtschaftsplan 2016)

c) Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft

Es folgt die Rede des **Vorsitzenden** zum Kreishaushalt 2016 sowie zum Forstwirtschaftsplan 2016 für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft und zum Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft (Anlage 1).

Im Anschluss folgen zum Kreishaushalt 2016 bzw. zum Forstwirtschaftsplan 2016 des Forsteinrichtungswerks und zum Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft die Redebeiträge von

- **Herrn Göller** für die SPD-Kreistagsfraktion (Anlage 2),
- **Herrn Groß** für die CDU-Kreistagsfraktion (Anlage 3),
- **Herrn Ferdinand** für die CDU-Kreistagsfraktion (Anlage 4),
- **Herrn Hartmann** für die FWG-Kreistagsfraktion (Anlage 5),
- **Herrn Birk Utermark** für die FWG-Kreistagsfraktion (Anlage 6),
- **Herrn Josef Winkler** für die Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen (Anlage 7),

- Herrn **Oliver Sacher** für die ALFA-Kreistagsfraktion (Anlage 8),
- Frau **Monika Becker**, FDP, (Anlage 9) und
- Herrn **Ulrich Lenz**, Die Linke, (Anlage 10).

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, stellt der **Vorsitzende** die Beschlussvorschläge zur Abstimmung.

a) Der Kreistag beschließt einstimmig die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 inkl. Anlagen auf der Grundlage des von Kreis- und Finanzausschuss beratenen Haushaltsplanentwurfs in der vorliegenden Fassung.

b) Der Kreistag stimmt dem Forstwirtschaftsplan des Forsteinrichtungswerkes „Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft“ für das Betriebsjahr 2016 einstimmig zu.

c) Der Kreistag stimmt dem Wirtschaftsplan 2016 des Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft für das Wirtschaftsjahr 2016 einstimmig zu.

Punkt 4:

Vereinbarung über die Errichtung einer Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Diez

Herr **Göller** und Herr **Weiland** verlassen auf Grund von Ausschließungsgründen nach § 16 LKO den Sitzungsbereich und nehmen an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der **Vorsitzende** begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Pirrong.

Der **Vorsitzende** spricht allen Beteiligten zunächst seinen Dank aus. Er nimmt Bezug auf den vorliegenden Vereinbarungsentwurf.

Aus der Sicht des Kreises ergebe sich die unmittelbare Zuständigkeit im Bereich des Gesundheitsamtes und der Ausländerbehörde. Über eine Refinanzierung sei verhandelt worden. Die Zustimmung der Verbandsgemeinde Diez sei bereits erfolgt.

Er nimmt zudem Bezug auf die Vertragsdauer und die wesentlichen Punkte des Vertrages. Insgesamt sei man mit dem Vertragsentwurf zufrieden.

Mit dem Vertragsentwurf werde ein wichtiges Fundament geschaffen, weshalb dem Entwurf auch in zeitlicher Hinsicht in der heutigen Sitzung zugestimmt werden sollte.

Herr **Denninghoff** führt aus, dass ein Vertragswerk vorliege, in welchem die unterschiedlichen Interessenlagen sorgfältig und fair abgewogen worden seien. Die SPD-Fraktion werde dem Vertragsentwurf zustimmen.

Herr **Groß** nimmt Bezug auf die angeführte Zahl der Aufnahmekapazität mit 1000 Plätzen sowie der Formulierung hinsichtlich einer Überschreitung in Notsituationen.

Herr **Hartmann** führt an, dass die Refinanzierung in dem Vertrag geregelt sei und signali-

siert die Zustimmung der FWG-Kreistagsfraktion.

Herr **Winkler** schließt sich an.

Frau **Becker** nimmt Bezug auf die Formulierung „wohlwollende Prüfung“. Sie hoffe, dass auch entsprechend Unterstützung geleistet werde.

Herr **Basibüyük** führt an, dass nicht alle Änderungswünsche berücksichtigt worden seien. Die ALFA-Fraktion werde zustimmen.

Herr **Lenz** erkundigt sich nach einer Zahl der maximalen Unterbringungskapazität auch für eine vorübergehende Mehraufnahme. Er führt zudem an, 5,2 Stellen seien zugesichert. Dies halte er für relativ wenig. In dem Beirat seien die Betroffenen selbst nicht vertreten.

Der **Vorsitzende** führt an, der Beirat setze sich als Gremium für Kommunikation ein, um alle beteiligten Stellen zusammenzuhalten und sich für die Menschen einzusetzen. Auf die Zahl von 1000 Unterbringungsplätzen gerechnet sei auch das notwendige Personal. Die Zahl von 5,2 beziehe sich nur auf den partiellen Bereich der Ausländerbehörde, bei den Ärzten werde auf Honorarbasis abgerechnet.

Er bittet um Verständnis, dass bei allen beteiligten Stellen auch Abstimmungen hinsichtlich der Formulierungen erforderlich gewesen seien.

Der Kreistag stimmt dem Abschluss der Vereinbarung über die Errichtung einer eigenständigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in der Stadt Diez in der vorliegenden Fassung (Anlage 11) einstimmig zu. *

**Herr Göller und Herr Weiland haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.*

Punkt 5:

Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Montabaur

Der **Vorsitzende** erläutert die Vorlage.

Der Kreistag beschließt gem. § 33 Abs. 5 LKO, die Wahl im Wege der offenen Abstimmung durchzuführen.

Der Kreistag wählt einstimmig folgende Personen, die als Mitglieder bzw. als stellvertretendes Mitglied für den Verwaltungsausschuss Montabaur vorgeschlagen werden:

Ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Herr Landrat Frank Puchtler	Frau Erste Kreisbeigeordnete Gisela Bertram
Herr Bürgermeister Josef Oster	

Punkt 6:

Anträge und Anfragen der Kreistagsfraktionen und –mitglieder;

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 13. Dezember 2015 „Linienbündel Einrich und Blaues Ländchen-Loreley“

Der **Vorsitzende** übergibt das Wort an Herrn Groß.

Herr **Groß** führt aus, dass Hintergrund des Antrages sei, Schwierigkeiten, die aufgefallen seien, zu besprechen. Es solle nicht um ein frühzeitiges Resümee gehen, welches zum jetzigen Zeitpunkt natürlich nicht möglich sei. Allerdings könnten so Probleme, die bereits jetzt zu erkennen seien, frühzeitig angesprochen werden.

Er schlägt vor, in der nächsten Sitzung des Kreisausschusses die Thematik weiter zu besprechen.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Informationen zur Kenntnis.

Der Antrag soll in der Sitzung des Kreisausschusses am 21.12.2015 thematisiert werden.

Punkt 7:

Einwohnerfragestunde

Es liegen *keine* Fragen vor.

Punkt 8:

Mitteilungen der Verwaltung, Verschiedenes

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 11.09.2015 „Mobilfunknetze im Kreis für die Zukunft ausbauen – Digitalisierung des Kreises vorantreiben“. Er führt an, dass, wenn die Gesellschafterversammlung der WFG zustimme, ein Betrag in den Wirtschaftsplan eingestellt werden könne, mit dem man dann eine Untersuchung zur Nutzbarkeit der Mobilfunknetze im Rhein-Lahn-Kreis finanzieren könne.

Zudem sei bei verschiedenen Anbietern hinsichtlich eigenwirtschaftlicher Ausbaupläne angefragt worden.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Information zur Kenntnis.

Nachdem sich kein weiterer Beratungsbedarf mehr ergibt, schließt der **Vorsitzende** die 07. Sitzung des Kreistags in der 10. Wahlperiode um 19.40 Uhr.

Der Vorsitzende:

gez.

(Frank Puchtler)
Landrat

Die Schriftführerin:

gez.

(Anna Klein)

Haushaltsrede von Herrn Landrat Frank Puchtler
zum Kreishaushalt 2016 am 14.12.2015

-es gilt das gesprochene Wort!-

Adventszeit. Man nennt es die Zeit der Besinnung. Besinnung heißt die Konzentration auf das Wesentliche. Das sind beim Haushalt Fakten. Das sind Daten.

Aber ich glaube, was ein Haushalt auch widerspiegelt, wenn man hinter die Zahlen schaut, hinter ein Jahr, was abgelaufen ist oder ein Jahr, was vor uns liegt- letztendlich sind immer das Wesentliche für uns alle die Menschen.

Die Menschen, die den Haushalt leben, die Menschen, die den Haushalt auf den Weg bringen, die Menschen, die von dem Haushalt profitieren.

Wir haben im Laufe dieses Jahres erlebt, wie die Welt in Bewegung ist und Menschen auch in einer großen Anzahl zu uns gekommen sind.

Zurzeit sind es rd. 1.200 Menschen, die hier im Rhein-Lahn-Kreis zumindest für eine gewisse Zeit leben, die ein Stückchen Heimat gefunden haben.

Und ich möchte mich an dieser Stelle bei Ihnen allen recht herzlich bedanken.

Denn wenn man das so beobachten darf ist es in einer Form, in einer Art und Weise getragen von der Kreisbevölkerung, getragen von den Gremien, von den Ortsgemeinden, von den Verbandsgemeinden gelungen, dass man das Gefühl hat, die Menschen sind willkommen. Wir versuchen, unser Bestes zu geben und haben sicher auch manche Diskussionen und manchen Aspekt zu beleuchten. Warum kommen die Menschen, was ist ihr Ziel.

Das ist sicher auch manchmal eine Diskussion wert, aber es geht doch um Menschen und diese menschliche Note zu spüren in einem Kreis, dass gesagt wird, wir helfen, wir handeln. Das ist eine tolle Sache und da möchte ich mich ausdrücklich bei Ihnen, auch als Vertreter der Kreisbevölkerung, bedanken für die Unterstützung durch die Gremien und für die Begleitung. Bedanken bei den zahlreichen Menschen, die helfen. Man hört dies sehr oft. In unserem Dorf wurde eine Familie in der Wohnung des Dorfgemeinschaftshauses aufgenommen. Es gelingt. Warum gelingt es? Das ist meine persönliche Einschätzung- weil wir seit vielen Jahren gemeinschaftlich arbeiten und die Menschen, die zu uns kommen, in der Summe 1.200, sind nicht zentral an 1 bis 2 Punkten, sondern in der großen Fläche des Kreises verteilt. Die Verbandsgemeinden in Zusammenarbeit mit den Ortsgemeinden kümmern sich vor Ort, mieten Wohnungen an, betreuen und unser Team, geführt durch Herrn Pirrong, arbeitet zu.

Diese dezentrale Situation ist nach meiner Meinung der richtige Weg und dafür möchte ich mich bei allen recht herzlich bedanken, vor allem auch bei den Menschen in den zahlreichen Willkommenskreisen. Es sind weit über 10 im Kreisgebiet.

Dort sind Menschen dabei, die sich sehr stark engagieren, die ihr Ehrenamt lieben. Das ist eine tolle Sache und ganz herzlichen Dank an sie alle und geben Sie diesen Dank an die Menschen im Rhein-Lahn-Kreis weiter. Die Art und Weise, wie wir die Situation hier hinbekommen- auch im Vergleich, wenn man mal durchs Bundesgebiet schaut- diese Situation zu meistern, darauf bin ich sehr stolz auf den Kreis und alle, die dazu beitragen. Dafür herzlichen Dank.

Wie es oft so im Leben ist, wenn man glaubt, die eine Aufgabe ist gemeistert, kam Anfang September die Information aus Mainz.

Da gab es in Diez die Freiherr-vom-Stein-Kaserne. Und wir haben sie alle gesehen, die Züge, die dort im südlichen Bereich angekommen sind beispielsweise in München. Und da waren dann schnelle Lösungen gefragt.

Dann haben wir am gleichen Tag, nachdem wir die Information bekommen haben, eine Task Force einberufen und ich möchte das Beispiel deutlich machen, wie engagiert auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises am gleichen Tag, als der Anruf kam, gearbeitet haben. Man hat sich zusammengesetzt, unter der Leitung von Jürgen Pirrong und hat eine Task Force gebildet. Man hat an diesem Tag schon mit der Bewältigung der Aufgaben begonnen und hat versucht, die Situation umsichtig und mit hohem Engagement zu managen.

Das ist eine tolle Sache. Da hat man es auch als Landrat leichter, das Ganze zu begleiten, wenn mit diesem hohen Engagement gearbeitet wird.

Auch am Wochenende kamen Anrufe dass ein Bus zu erwarten ist mit Menschen aus Trier. Diese Menschen brauchen eine Unterkunft. Diese muss erstmal hergerichtet werden.

Da haben wir noch Betten, die stellen wir zur Verfügung. Die Feuerwehr der Verbandsgemeinde Diez baute mit auf. Der Städtische Bauhof hilft mit. All das gelingt, wenn man sich konzentriert auf das Wesentliche, und das ist auch nicht nur ein Dank von mir, sondern auch eine Botschaft. Gehen wir das Thema an, indem wir uns darauf konzentrieren, was zu tun ist.

Ein Quartier zu schaffen, Menschen zu untersuchen, das Ganze auf den Weg zu bringen.

Und das ist glaube ich auch in einer ordentlichen Weise gelungen, weil die Faktoren entscheidend sind, nämlich dass man sich konzentriert hat auf das Wesentliche.

Es wird gearbeitet. Es wurde strukturiert vorgegangen mit einer klaren Linie.

Das Kreisgesundheitsamt hat mittlerweile schon über 1.000 Menschen dort untersucht.

Und an dieser Stelle darf ich es auch so deutlich sagen, weil ja diesbezüglich auch eine Thematik in der Presse war.

Wenn jemand in die Notunterkunft kommt, wird er untersucht und wenn irgendwelche Symptome festgestellt werden, in Diez dann auch ins Krankenhaus verbracht. Andere Dinge sind dann nicht mehr in unserer Zuständigkeit, aber wir versuchen das entsprechend zu managen und es ist auch für das Umfeld alles getestet worden. Ganz ausdrücklich mit hohem Engagement auch an den Wochenenden und Feiertagen arbeitet die Gesundheitsbehörde des Kreises noch.

Und das Gleiche gilt auch für unsere Ausländerbehörde, die den administrativen Teil zu bewältigen hat, die auch dort anzupacken hat. Auch dafür möchte ich mich ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die nie gefragt haben, ist es jetzt Samstag, Sonntag. Die sich nie beklagt haben und an der Spitze Herr Jürgen Pirrong. Es ist ein Glücksfall, wenn man da jemanden hat, der seit Jahrzehnten in diesem Aufgabenbereich tätig ist, der die Menschen kennt, der die Strukturen kennt und auch viel gerade in den letzten Monaten in Diez dafür Sorge getragen hat, dass die gemeinschaftliche Kommunikation und alles so gut gelungen ist. Lieber Herr Pirrong, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises, und es sind ja fast alle Abteilungen tangiert, vielen Dank dafür.

Und in den Dank einschließen möchte ich auch die Partner vor Ort. Man braucht den Zusammenhalt der kommunalen Familien. Und es liegt mir sehr am Herzen, dass die Ortsgemeinden, die Verbandsgemeinden und der Kreis im Rhein-Lahn-Kreis engagiert zusammenarbeiten, dass sie sagen, das sind unsere Herausforderungen, die versuchen wir gemeinschaftlich zu lösen.

Und da gucke ich mal Richtung Verbandsgemeinde Diez, lieber Michael Schnatz, und auch Richtung Stadt Diez. Von Anfang an sind wir den Weg gemeinsam gegangen. Wir stimmen uns ab und manchmal wird am Tag auch mehrfach telefoniert und es wird auch das Wochenende nicht geschont. Immer mit dem Ziel, zusammen eine Lösung zu finden. Wir konzentrieren uns auf die Aufgabe und versuchen strukturiert anzupacken.

Und aktuell sind auch noch andere Themen, bei denen wir den Weg gemeinsam gehen, dafür Dir, lieber Michael Schnatz, und auch Deinen Kollegen aus der Stadt herzlichen Dank. Das ist eine gute Form der Zusammenarbeit. Sie schafft ein gegenseitiges Vertrauen und wir haben dies auch bei anderen Projekten gezeigt, dass es geht, dass wir in schwierigen Zeiten Herausforderungen bestehen können, wenn man sich gegenseitig schätzt, zusammenarbeitet. Ein Vertrauen entsteht. Also herzlichen Dank für diese gemeinschaftliche Leistung an Stadt und Verbandsgemeinde Diez und an die handelnden Personen.

Es ist eine Riesenherausforderung, Menschen zu helfen, Menschen für eine gewisse Zeit ein Quartier zu geben, auch die Herausforderungen der Zukunftsfähigkeit unseres Kreises. Sie haben es, Herr Jöckel, heute schon dargestellt in Ihrem Bericht, als sie gesagt haben, die Schwerpunkte sind zu setzen, auch um die Zukunftsfähigkeit des Kreises nach außen hin zu dokumentieren.

Und heute, 2015/2016, ist es wichtig, entsprechende Fundamente zu legen, die auch für die Zukunft entsprechende Früchte tragen und auch da sei hier auch das Stichwort der Zuwanderung noch einmal mitgenannt.

Denn wir sehen da eine Herausforderung, eine Riesenaufgabe, aber es ist auch eine Chance, einen Teil dieser Menschen, die zu uns kommen, vielleicht dauerhaft als Bürgerinnen und Bürger des Kreises zu gewinnen, die sich mitengagieren, die mit ins Ehrenamt gehen, die mit ein Teil einer dauerhaften Gemeinschaft im Rhein-Lahn-Kreis werden.

Und von daher hat, glaube ich, auch diese Aufgabe, wenn sie gut bewältigt wird, etwas mit der Zukunftsfähigkeit unseres Kreises zu tun.

Und die Zukunftsfähigkeit, sie bildet sich ab, wenn wir sie wieder in dem Kursbuch des Kreises betrachten, das ist der vorliegende Haushalt. Den Haushalt mit einem Volumen von über 170 Mio. €, sehr umfangreich, sehr detailliert zusammengestellt und ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken bei Herrn Menche, Frau Holl und allen, die im Team mitarbeiten.

In den Schwerpunkten, die wir im Kreishaushalt abbilden, ist natürlich immer das Ganze von dem Gedanken getragen, unseren Standort Rhein-Lahn-Kreis so zukunftsfähig zu machen, dass die Standortbestimmungen stimmen für Unternehmen, für Bürger, für junge Menschen, dass sie hier wohnen bleiben können, dass sie hier Zukunft sehen.

Von daher der ganz große Schwerpunkt im Bereich der Bildung. Es sind über 6,4 Mio. €, die insgesamt an Mittel in diesen Bereich fließen. Wir haben fast 14 Schulen in der Trägerschaft. Dies alles ist mit verschiedenen Investitionen verbunden. Wir sind dabei, Erneuerungen durchzuführen, die Schulzentren zu modernisieren. Als Schulträger nicht nur im baulichen Bereich, sondern beispielsweise auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit um für unsere Schulen etwas zu tun. Wir stellen fest, auch da verändert sich die Landschaft. Aber es ist doch eine ganz entscheidende Baustelle, dass wir im Bildungsbereich investieren, dass wir die Voraussetzungen schaffen, dass Menschen hier in eine Schule gehen können. Und auch sagen, ja, der Rhein-Lahn-Kreis ist ein guter Standort, hier finden Familien gute Bedingungen vor. Und damit möchte ich einschließen den Bereich der Kindertagesstätten. Über 32,3 Mio. €, so sieht es der Haushaltsplan vor, fließen in diesen Bereich. Eine ganz entscheidende Baustelle. Die Welt verändert sich, das Berufsleben verändert sich und wenn wir in diesem Bereich auch Flagge zeigen, ist es sicher gut investiertes Geld, was auch Früchte tragen wird.

Der Bereich der Mobilität ist mit über 11,3 Mio. € veranschlagt und sicher auch in diesen Tagen ein ganz spannender Prozess, weil wir ja auch dort große Herausforderungen zu stemmen haben.

In einem ländlichen Kreis mit 137 Städten und Gemeinden bei einer demografischen Entwicklung ist dies immer eine große Herausforderung. Von daher ist dort sinnvolles Vorgehen ganz entscheidend. Mobilität wird auch über die Zukunft des Kreises und seiner Einwohnerschaft entscheiden. Wie schaffen wir es, den Transport zu Zentren zu organisieren und viele andere Aufgabenstellungen zu bewältigen.

Die Infrastruktur, dazu zähle ich den Kreisstraßenbau. Dies ist eine Herausforderung. 320 km Kreisstraßennetz, das ist eine Aufgabe und dort ist ständig etwas zu tun und wir haben deswegen, und da bin ich auch Herrn Petri und dem LBM sehr dankbar, die Idee entwickelt, dass wir nicht nur unser Kreisstraßenbauprogramm kontinuierlich weiter fortfahren, wie wir es im letzten Jahr beschlossen haben, sondern dass wir auch in dem Zwischenstadium versuchen, Mittel für kurzfristige Instandsetzungen ein Stückchen aufstocken um auch, wenn nötig, zu helfen, um Überbrückungssituationen zu schaffen. Weil bei 320 km kann sich jeder ausrechnen, wie lange die Liste sein wird.

Auch das ist ein bewusstes Zeichen zu versuchen, im Rahmen überschaubarer Mittel Dinge auf den Weg zu bringen. Und Infrastruktur, nicht nur die Straßenautobahnen, sondern auch in die digitale Autobahn steigen wir mit einem großen Volumen ein.

Und das ist auch ein Beispiel, wie es gelingen kann, wenn man alles zusammenführt. Da ist der Bund mit dem Konjunkturpaket, da ist das Land mit einer hervorragenden Förderung und da sind die Verbandsgemeinden, die Gemeinden, die das gemeinsam mit dem Kreis mittragen, sodass es gelungen ist, das Projekt auf den Weg zu bringen.

Wenn man sich die ursprüngliche Finanzierung anschaut, glaube und hoffe ich, dass wir es insgesamt auch gemeinsam verkraften. Ein Gemeinschaftskraftakt, aber ganz herzlichen Dank an Bund und Land und auch an die kommunale Familie, denn sie hat gesagt, ja, die Mittel, die wir an anderer Stelle durch das Konjunkturpaket bekommen, setzen wir geschlossen in ein zentrales Zukunftsprojekt in den Kreis ein und schaffen dadurch auch mittelfristige Entlastung für die anderen Haushalte.

Der Prozess ist gestartet, wir sind auf einem guten Weg und im Frühjahr sollen auch die Bauarbeiten beginnen.

Und ich möchte ausdrücklich nochmal um Verständnis bitten, auch da sind es fast 100 Gemeinden, die letztendlich erschlossen werden. Auch da muss ein Zeitplan aufgestellt werden.

Herr Herm als Projektkoordinator stellt gemeinsam mit INEXIO das Programm entsprechend vor. Auch herzlichen Dank an dieser Stelle an Herrn Herm.

Das ist sicher nicht einfach, alles immer zu vertreten. Insgesamt wollen wir in gut zwei Jahren zum Ziel kommen, dass wir im ganzen Rhein-Lahn-Kreis ein leistungsfähiges Breitbandnetz haben und damit auch als Standort Rhein-Lahn-Kreis für Wirtschaft, aber auch für Privatunternehmen konkurrenzfähig sind. Ein Dank an alle, die das auch mittragen und ich bitte um Verständnis, dass auch ein bisschen Geduld notwendig sein wird, weil wir es nur auf diese Weise gemeinschaftlich schaffen können.

Und in diesen Zeiten, wo vieles im Umbruch ist, ist mir auch ein Stichwort noch ganz wichtig, was sich im Haushalt auch mit einem Volumen von über 0,8 Mio. € abbildet. Das ist der Gesamtkomplex Sicherheit. Menschen kommen zu uns, Aufgaben sind zu stemmen von Feuerwehr, vom DRK, vom THW, von Rettungstationen. Deswegen bildet dies ja auch der Haushalt ab, es wird investiert in den Zuschuss für Rettungswachen. Wir schaffen Gerätewagen an für die SEG, hier haben wir ja auch im Laufe dieses Jahres einen gemeinschaftlichen Vertrag abgeschlossen. Ich glaube, das ist auch wichtig, dass wir den Menschen in unserem Kreis deutlich machen, wir investieren, auch in Schlüsselbereiche, um ein sicheres Leben zu haben. Wenn etwas passiert, dann sind Kräfte da, die retten, die löschen, die schützen und bergen.

Auch da ganz herzlichen Dank an alle Institutionen, die hier kräftig mithelfen.

Kräftig mitzuhelfen versuchen wir auch in den Ortsgemeinden. Es hat ein Dorferneuerungskongress vor einigen Tagen hier im Kreishaus stattgefunden und wir versuchen Unterstützung zu leisten, gemeinsam mit Mitteln des Landes, die uns zur Verfügung stehen, um diesem Begriff „Unser Dorf hat Zukunft“ auch Möglichkeiten zu geben. Es ist eine ganz wichtige Botschaft, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, es zu versuchen. Den Menschen das Gefühl zu geben, es lohnt sich hier im Dorf zu wohnen. Wir können Dorfplätze modernisieren, Häuser in Ordnung bringen,

moderne Energie usw. mit einbauen. Entscheidend ist- wir brauchen Menschen die hier leben.

Wichtig ist, dass wir sagen, die Dörfer haben Zukunft und deswegen wird es auch weiterhin von uns engagiert begleitet und das auf den Weg gebrachte Kreisentwicklungskonzept ist ein Baustein, den wir ganz klar im Blickfeld haben. Auch aktuelle Ereignisse Richtung Diez zeigen ja, dass ein ständiger Wandel im Gange ist.

Das Thema der gesundheitlichen Versorgung, der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, das wird uns sicher auch 2016 begleiten und ich stehe auch in einem guten Kontakt mit der Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Kästner.

Ich habe letzte Woche fünf Ärzte zu Medizinalräten ernennen dürfen, das sind ehrenamtliche Aufgaben im Zusammenhang mit den gesundheitlichen Untersuchungen in Diez.

Anfang September hieß es dann, ihr seid das zuständige Gesundheitsamt, Diez ist im Rhein-Lahn-Kreis und ihr müsst die Untersuchungen durchführen.

Dafür braucht man Ärzte und da ist es gelungen, fünf Menschen zu finden, die selbstverständlich gesagt haben, jawohl, es ist eine ehrenamtliche Aufgabe. Und ohne Geheimnisse zu verraten, es ist auch überschaubar, was die Menschen dafür bekommen, dass sie sich dieser hohen Verantwortung stellen. Wir haben ja gesehen, wenn etwas passiert, wie hoch die Gesamtverantwortung ist, weil jeder muss untersucht werden, wenn dort viele hundert Menschen leben.

Auch da ein Kompliment an die Mitarbeiter, dass es gelungen ist, das zeigt mir immer auch, wir haben eine Chance, wenn wir unsere Möglichkeiten des Netzwerkes suchen, die persönlichen Kontakte, die Verbindungen. Wir sollten nicht warten bis an anderer Stelle etwas passiert, sondern auch selbst anpacken, im Rahmen unserer Möglichkeiten selbst Lösungen zu finden.

Manchmal sind es überschaubare Lösungen, manchmal, Stichwort MVZ, auch durchaus Überlegungen, die modellhaft sein können, die vielleicht auch bundesweit entsprechend Fortschritte erzielen können.

Stichwort Wirtschaftsförderung, ein ganz zentraler Aspekt, um im Standortbereich stärker zu werden. Wir haben uns auf verschiedenen Messen mit guter Resonanz präsentiert. Wir haben ein Objekt im Kreis, wo wir wahrscheinlich auch schon direkte Erfolge erzielen können. Wir haben die Kooperation geschlossen mit der Hochschule in Koblenz, mit der Wirtschaftsakademie in Diez, um jungen Menschen das Gefühl zu geben: Ihr müsst jetzt nicht weg, wenn ihr eure Schule gemacht habt. Mit eurer Ausbildung könnt ihr auch hier weiterkommen. Ihr könnt euch weiterbilden und wir haben schon zählbare Effekte. Das sind junge Menschen, die gesagt haben Wirtschaftsakademie Diez, da muss ich ja am Wochenende nicht in die Großstadt fahren, sondern ich mache den Abschluss hier und ich bilde mich weiter.

Das ist der Weg, wie wir ihn uns vorstellen, um Perspektive zu schaffen, dass Menschen hier wohnen können, hier arbeiten können und entsprechend auch weiterkommen.

Damit verbunden ist natürlich auch, dass die sonstigen Strukturen stabil sind und die sonstigen Strukturen sind ein ganz wichtiger Part, denn wenn wir hier leben, wenn wir hier wohnen, wird ja auch das ein oder andere produziert.

Wir nennen das immer so einfach in Worten Abfall. Ja, es ist nicht nur Abfall, es ist eigentlich ein kostbares Wirtschaftsgut.

Und daran möchte ich es auch festmachen und der Dank geht auch an unseren Eigenbetrieb, an Herrn Müller und an Herrn Fischbach und das Team, dass es gelungen ist, auch in dieser Zeit mit vielen Herausforderungen Stabilität hinzubekommen. Da wird das Ökologische mit dem Wirtschaftlichen verbunden. Das zeigen letztendlich die stabilen Gebühren, und das hat ja auch etwas mit Sozialpolitik zu tun, dass das Ganze bezahlbar wird und wenn wir jetzt in unserem Wirtschaftsplan für 2016 einen Minusbetrag haben, ich bin oft danach gefragt worden, ist dies jetzt kein Ergebnis einer entsprechenden wirtschaftlichen Steuerung, sondern es ist letztendlich ein Ergebnis des Bilanzmodernisierungsgesetzes. Positiv gesehen schaffen wir durch buchhalterischen Verlust jetzt schon Vorteile, treffen Vorsorge für die Zukunft, indem wir quasi Gelder zurückstellen, die nicht abfließen, sondern im Eigenbetrieb enthalten bleiben.

Wenn Sie den Wirtschaftsplan weiter verfolgt haben, stellen sie fest, dass wir da auch in zwei/drei Jahren wieder in dem buchhalterischen Bereich eine schwarze Zahl schreiben können. Entscheidend ist, dass wir die Gebühren stabil halten.

Dazu trägt auch die Kooperation mit der REK, der Rheinischen Entsorgungskooperation bei. Dort sind weit über 1,2 Mio. Menschen in einem gemeinschaftlichen Verbund und auch da kann ich sagen zahlt es sich aus, wenn man auf Augenhöhe verhandeln darf und wir entsprechende positive Aspekte erzielen. Schwerpunkte zu setzen für die Zukunftsfähigkeit, für 122.000 Menschen Verwaltungsaufgaben zu erfüllen.

Ich möchte die Arbeitsleistung von über 400 Menschen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises, nicht nur im Kreishaus, betonen. Wir haben rund 20 Standorte. Wir haben Jobcenter. Wir haben die Schulsekretariate. Wir haben den Eigenbetrieb, auch dort gehen wir ja in neue Verantwortung hinein.

Auch da darf ich mich bedanken, das läuft gut. Wir hatten eine Mitarbeiterversammlung, weil wir ja diesen Betrieb jetzt perspektivisch auch übernehmen werden. Dieser partnerschaftliche Umgang, das ist ein wichtiger Weg und ich möchte mich auch von mir aus ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken und möchte sie alle bitten, dies auch immer im Blickfeld zu haben. All das, was ich gesagt habe, die Schwerpunkte setzen, Internet, Breitband, Zuwanderung, das geschieht neben dem normalen Aufgabenbereich der täglichen Verwaltung und da sind auch viele Baustellen zu bewältigen.

Das aktuelle Thema der Mobilität, das ist eine große Herausforderung, wir werden nachher noch dazu kommen.

Auch das setze ich bewusst ins Blickfeld, auch das wird hier gemeistert. Es gibt den berühmten Satz: „Wir schaffen das“!

Die Menschen, die hier arbeiten, schaffen das, weil sie bereit sind sich zu engagieren, weil sie sich entsprechend einbringen und das darf ich sagen, mit hohem Engagement dafür Sorge tragen, dass wir hier auf der Ebene des Kreises die Aufgaben bewältigen.

Und wenn man das alles zusammenfasst, die Investitionen, die Schwerpunkte, die besonderen Herausforderungen und sehen dann auf das nüchterne Zahlenwerk, dann haben wir da auch eine gute Entwicklung.

Wir hatten in der Spitze mal 111 Mio. € Gesamtverschuldung des Kreises, am 31.12.2014 waren es 106 Mio. €. Wenn es gut läuft, das Jahr 2015 gut abgeschlossen wird, wir den Haushaltsplan 2016 gut umsetzen, sind wir unter 100 Mio. €. Das ist in diesen zwei/drei Jahren eine gute Leistung also insofern Kompliment auch an Herrn Menche, wie das Ganze entsprechend dargelegt wird.

Und um das noch mal stärker zu betonen, ich habe mir mal mit den Kollegen die Mühe gemacht, Kollegen heißt Landräte, mal zu schauen, wie andere Kreishaushalte mit ihren Planungen aussehen. Wir haben 24 Landkreise.

Ich habe mir mal Zahlen rausgesucht. Bei dem einen ist eine 10, bei den anderen eine 12, eine 14 und eine 17 und davor ist ein Minus. Das ist nicht die Gesamtverschuldung, auch nicht Teilverschuldung, das sehen z. T. Haushaltspläne von Kreisen vor im Jahr 2016.

Insofern kommt zum Ausdruck, was auch hier insgesamt durch gute Arbeit von Herrn Landrat a.D. Günter Kern, von den Kreisgremien, geleistet wurde. Es ist immer eine Gradwanderung, Investitionen zu tätigen und auch das Ganze im Blickfeld zu halten, die Verschuldung im Griff zu halten oder zu reduzieren.

Insofern ganz herzlichen Dank an alle, die dazu beitragen. Das Ergebnis zählt und das Ergebnis, was wir heute vorlegen, ist ein verlässliches Ergebnis.

Wir versuchen, Menschen, die in dieser Zeit des Umbruchs leben, das Gefühl zu geben, sie leben hier im Rhein-Lahn-Kreis sicher.

Gerade wo Dinge sich schnell verändern, gerade wo man nicht weiß, wo die Zukunft hingeht, ist die Heimat eine Chance.

Das ist unsere Aufgabe, die Heimat zukunftsfähig zu gestalten. Das versuchen wir mit dem Haushalt, aber wir versuchen es auch, indem wir mit allen Institutionen partnerschaftlich umgehen und darauf setze ich auch für die Zukunft.

Ich darf sie alle nicht nur bitten, unserem Haushalt zuzustimmen, sondern mache Ihnen auch das Angebot, weiter Gemeinschaftliches für den Kreis einzubringen, ob das die Mitglieder im Kreistag sind, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder die Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Lahn-Kreises.

Ich glaube, wenn wir diesen Weg weitergehen, das hat auch das Jahr 2015 gezeigt, lässt sich vieles meistern. Wichtig ist: Vertrauen, Verlässlichkeit, Berechenbarkeit, Partnerschaftlichkeit und Kommunikation.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Herzlichen Dank.

Haushaltsrede 2016 - Carsten Göller, SPD-Fraktion

Es gilt das gesprochene Wort

Begrüßung	<p>Herr Landrat, meine Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,</p> <p>blicke ich auf den diesjährigen Haushaltsentwurf, dann schaue ich durchaus optimistisch ins Jahr 2016. Ich bin mehr als froh, dass wir Projekte und Vorhaben, die unsere Heimat weiterentwickeln in den Mittelpunkt stellen können.</p>
Dank an Mitarbeiter	<p>Zunächst möchte ich mich aber dem Dank des Landrates an seine Mitarbeiter anschließen. Einen besonderen Dank richte ich an all die Mitarbeiter, die sich hier im Haus und in der AfA in Diez um die Flüchtlinge kümmern. Das was sie dieses Jahr geleistet haben, das hat den guten Ruf des Kreises im Land nicht nur bestätigt, sondern enorm gesteigert.</p>

<p>Einleitung Haushalt 2016</p> <p>Erfolg des Konsolidieru ngskurses</p>	<p>Anrede,</p> <p>es ist hervorragend, dass wir im zweiten Jahr in Folge Ergebnis- und Finanzhaushalt ausgleichen können. Betrachtet man sich einmal andere Kreishaushalte im Land, dann muss ich schon sagen:</p> <p>Unser Finanzhaushalt ist ein Wort! 5 Millionen Euro Liquiditätskredite werden wir abbauen und Investitionskredite werden wir Ende 2016 auch weniger haben.</p> <p>Wie wir alle wissen, kommt das nicht von ungefähr. Im Kreistag wurden in den vergangenen Jahren viele schwere und harte Entscheidungen getroffen. Der vor Jahren eingeschlagene Konsolidierungskurs trägt Früchte.</p>
<p>Woher kommt das Geld?</p>	<p>An dieser Stelle möchte ich einen Blick darauf werfen, wo das Geld her kommt, dass wir investieren.</p> <p>Zunächst haben wir die Kreisumlage. Nach einer schwierigen Diskussion im vergangenen Jahr haben wir einen Weg vereinbart und an den möchten wir uns halten.</p>

	<p>Die zweite wichtige Stütze sind die Zuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz. Immer heiß diskutiert in den vergangenen Jahren. Viele rufen: Wir bekommen zu wenig Geld!</p> <p>Naja, seit 2012 gibt es stetig mehr Geld. Alleine von 2014 auf 2015 sind 6,1 Millionen Euro mehr gekommen und 2016 gibt es voraussichtlich noch einmal 3,6 Millionen Euro mehr. Insgesamt also knapp 37,2 Millionen Euro. 2012 waren es noch „nur“ 23,4 Millionen Euro.</p> <p>Wir können also feststellen: Im Finanzausgleich des Landes ist etwas passiert und zwar etwas Gutes für die Kommunen. Ich denke bei den vielen kritischen Worten der vergangenen Jahre, wäre dieses Jahr durchaus das ein oder andere positive Wort angebracht.</p>
Schuldenstand	<p>Aber jetzt einfach zurücklehnen, ein bisschen warten und dann wieder aus dem Vollen schöpfen wird nicht gehen. Der Kreis hat trotz der guten Zahlen nach wie vor etwa 100 Millionen Euro Kredite zu tilgen.</p> <p>Und genau das möchten wir tun: Kredite tilgen!</p> <p>Das heißt für mich, der Konsolidierungskurs geht weiter.</p> <p>Wir werden trotzdem wichtige Zukunftsinvestitionen tätigen und Mittel bereitstellen, aber alles Wünschenswerte wird nicht gehen.</p>

Zukunftsinvestitionen	<p>Anrede,</p> <p>allen voran werden wir in unsere Breitbandinfrastruktur investieren.</p> <p>Ich will an dieser Stelle noch einmal ein herzliches Dankeschön an die Kreisgremien sagen, die unserem Vorschlag, die rund 4,7 Millionen Euro aus dem KI 3.0 in den Breitbandausbau zu investieren, gefolgt sind.</p> <p>Und wenn es um die Zukunft geht, möchten wir gerne weitermachen. Daher haben wir im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgeschlagen, 30.000 Euro für Smartboards in den Kreisschulen einzustellen. Die Konkurrenz durch private Schulen, junge Lehrer, die moderne Medien einsetzen und die Forderungen der Schülerschaft sind für mich drei sehr gute Argumente hier zu investieren.</p> <p>Und gerade wenn es um die Zukunft geht, investieren wir gutes Geld in</p> <ul style="list-style-type: none">- die Schulen: 6,4 Millionen Euro und- in die Kindertagesstätten: 32,3 Millionen Euro. Die Summe muss ich wiederholen: 32,3 Millionen Euro! <p>Das sind fast 40 Millionen Euro in Bildung.</p>

<p>ÖPNV und Linien- bündel</p>	<p>Eigentlich sind es fast 50 Millionen Euro, wenn ich noch die Gelder für den Schülerverkehr dazurechne.</p> <p>Wir haben eine wichtige Entscheidung für die Zukunft getroffen: Wir bündeln die Linien im ÖPNV, um auch in den nächsten Jahren guten ÖPNV im Kreis anbieten zu können. Start war heute Morgen.</p> <p>Im Zuge der Umstellung sind in den letzten Tagen natürlich viele Kritiker, Skeptiker und Bedenkenräger unterwegs. Denen rufe ich zu: Geben Sie dem System Zeit zu funktionieren und schauen Sie sich bitte das gesamte neue System an und nicht nur einzelne Punkte.</p>
<p>Flüchtlinge</p>	<p>Anrede,</p> <p>Wenn ich auf 2015 zurückblicke, gibt es sicherlich elementarer Probleme, als geänderte Busfahrpläne: Ich denke da an die über 1 Million Flüchtlinge. Nicht umsonst ist „Flüchtling“ das Wort des Jahres 2015.</p> <p>Wir können zu Angela Merkel und Ihrer Entscheidung stehen, wie wir wollen. Fakt ist: Die Menschen sind hier und sie sind menschlich zu behandeln. Punkt! Das rufe ich denen zu, die verbal und tatsächlich zündeln wollen. Auch hier im Kreis!</p>
<p>AfA Diez</p>	<p>Der Rhein-Lahn-Kreis hat in Diez gezeigt was er kann. Fast geräuschlos wurde dort eine Unterkunft für bis zu 1.000 Menschen geschaffen. Darauf können wir alle stolz sein. Alle haben an einem Strang gezogen, auch und gerade, wenn es Probleme gab. Bitte lassen Sie uns so weitermachen.</p>

<p>Unterbringung in den Gemeinden</p>	<p>Eine ähnlich große Herausforderung ist die dauerhafte Unterbringung und Integration der Menschen in unseren Städten und Gemeinden. Die Beispiele, die ich aus meiner näheren Umgebung kenne, stimmen mich aber optimistisch, dass der gesamte Kreis auch hier seine beste Seite zeigt.</p> <p>Ich will aber ehrlich sein. Das alles gibt es nicht zum Nulltarif. Im Haushaltsentwurf ist das berücksichtigt. Da die Entscheidung zur Steigerung der Pauschale des Landes noch nicht klar war, ist im Entwurf noch mit 513,- Euro pro Flüchtling und Monat gerechnet. Es werden 848,- Euro. Erster Puffer.</p> <p>Außerdem rechnen wir schon jetzt mit ähnlich hohen Zahlen für 2016 wie für 2015. Zweiter Puffer.</p> <p>Was die Finanzen angeht, so denke ich, werden wir in 2016 die Herausforderung gut bewältigen. Was die Aufnahme und Integration der Menschen betrifft, liegt es jeden Tag an uns, dass es gelingt.</p> <p>Nur: Wenn wir Angst haben, werden wir das vermasseln!</p>
<p>Nicht nur Flüchtlinge</p>	<p>Gerade an diesem Haushalt wird deutlich, dass wir keine Angst haben brauchen.</p> <p>Es geht 2016 um viel mehr als Flüchtlinge: Breitbandausbau, Investitionen in die Schulen, Kindertagesstätten, Kreisstraßenbau, Schuldenabbau, ÖPNV oder Hilfen im Sozialbereich. Das alles findet sich in unserem Haushalt.</p>

Werke	<p>Und es geht auch um so scheinbar banale Dinge wie die Abfallbeseitigung. Auch in diesem Bereich haben wir wichtige Zukunftsentscheidungen getroffen. Alle immer mit dem Stichwort „Gebührenstabilität“ im Hinterkopf.</p> <p>Zum einen sind da die Kooperationen. Mit dem REK und anderen Kreisen. Die Klagen von Sita zeigen, wie umkämpft der Markt ist. Die Kooperationen helfen unsere Position im Markt zu stärken. Wir begrüßen die beschlossenen Kooperationen und sind offen für weitere.</p> <p>Daneben werden wir rekommunalisieren. Es freut uns sehr, dass Wirtschaftlichkeit und unsere Überzeugungen hier zusammenkommen. Die Rückübernahme des AWZ in Singhofen wird voraussichtlich 300 - 400.000 Euro sparen. Eine beachtliche Summe, die die Gebührenzahler entlasten wird.</p> <p>Der Wirtschaftsplan hat auch unschöne Seiten. Stichwort: Bilanzmodernisierungsgesetz. Wir schreiben Verluste, treffen aber Vorsorge für anstehende Verpflichtungen. Auf den ersten Blick sind die knapp 2,1 Millionen Euro Minus eine Katastrophe, auf den zweiten Blick sind sie eine Absicherung für die Zukunft.</p> <p>Bis 2019 werden wir magere Jahre haben. Ich bin froh, dass wir die anstehenden Verluste durch Rücklagen decken können. Dennoch werden wir in den nächsten Jahren zweimal</p>

	hinschauen müssen. Einmal was sagen die Zahlen und einmal, wie sich unser Unternehmen tatsächlich entwickelt.
Schluss	<p>Anrede,</p> <p>Sie haben es sich fast gedacht. Wenn einer so positiv über den Haushalt redet, dann kommt da keine Ablehnung von der SPD-Fraktion. Wir werden also dem Haushalt und den Wirtschaftsplänen für 2016 zustimmen.</p> <p>Die Arbeit wird im kommenden Jahr weitergehen. Wir brauchen nur einen Blick in unser Kreisentwicklungskonzept werfen.</p> <p>Wir können an die Breitbandversorgung und den ÖPNV Haken machen. Es besteht aber noch viel Handlungsbedarf:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wir müssen uns anschauen, ob wir das Thema Zuwanderung im KEK neu denken müssen. - Wir müssen über die Gesundheitsversorgung reden. - Wir müssen schauen, was die Pflege in Zukunft macht. - Wir müssen die Wirtschaft mit immer neuen Akzenten aus der WFG unterstützen. - Oder im Tourismus: Mit einer BuGa 2031 können wir einen massiven Entwicklungsschub auslösen. <p>Sie sehen also, es gibt noch viel zu tun. Packen wir es an! Ohne Angst. Machen wir Zukunft für den Rhein-Lahn-Kreis!</p> <p>Vielen Dank.</p>

Haushaltsrede von Herrn Günter Groß
stv. Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion,
zum Kreishaushalt 2016 am 14.12.2015

-es gilt das gesprochene Wort!

Herr Landrat,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Wichtige Nachricht direkt am Anfang: Wir stimmen dem Haushalt ebenfalls zu. Unser Haushalt erinnert ein bisschen an einen Bundesligaverein. Die ganzen Jahre Abstiegskandidat, immer negative Zahlen, ganz unten mitgespielt. Kaum haben wir einen neuen Trainer- schon läuft es!

Von daher herzlichen Glückwunsch und, so wie es aussieht, wird dies in den nächsten Jahren noch weiter gehen. Eine Verbesserung von über 5 Mio. € und ein Überschuss von 3,67 Mio. € kommen natürlich nicht von ungefähr. Unter anderem haben wir ein sehr niedriges Zinsniveau. Für die rd. 100 Mio. € Schulden zahlen wir insgesamt 2,3 Mio. € Zinsen und ein Zinsanstieg von nur 1 % würde die Bilanz eines solchen Haushaltsdirekt verhageln.

Wir haben im Rahmen des Kreisentwicklungskonzeptes einiges gemeinsam beschlossen: Breitbandausbau, Mobilität, Bildung. Und diesen Weg müssen gemeinsam für eine gute Zukunft des Kreises weiterführen und darauf achten, dass nicht Forderungen nach zusätzlichen Ausgaben laut werden. Konkret: Künftige Aufgaben müssen mit möglichst vorhandenem Personal, gegebenenfalls durch Umstrukturierungen bewältigen. So, wie das auch alle in unserem Kreis tätigen wirtschaftlichen Unternehmen tun müssen.

Aber hätten alle diesem Haushalt so zugestimmt, wenn Sie dieses positive Ergebnis gewusst hätten? Hätten man nicht gemeinsam ernsthaft über eine Beteiligung der“ kommunalen Familie“ nachgedacht und diese am positiven Ergebnis partizipieren lassen? Ganz konkret: Kreisumlage. Umgekehrt scheint es immer ein Automatismus zu sein, dass bei negativen Haushaltsergebnissen immer direkt die Umlage erhöht werden muss. Immerhin beträgt sie ja 28 % der gesamten Haushaltserträge ausgehend von einem Volumen von 175 Mio.

Mit aktuell 44,8 % liegen wir mit unserem Kreisumlagesatz über dem Landesdurchschnitt und ich möchte an dieser Stelle ankündigen, wir werden später, nicht heute, eine angemessene Senkung der Kreisumlage, wenn sich diese positive Entwicklung dann fortsetzt, fordern. Wir machen das bewusst nicht heute weil wir keinen Antrag stellen wollen, der keine Aussicht auf Erfolg hat. Wir hoffen, dass wir das dann gemeinsam beschließen können.

Und zwar im Sinne der ebenfalls beschlossenen strategischen Ziele. Und das Ziel Nr. 2 lautet ja: Der Rhein-Lahn-Kreis führt seinen Haushalt verantwortungsvoll und passt diesen bedarfsgerecht an. Denn auch der nächste Haushalt scheint ja entsprechend besser zu werden, er ist ja vorsichtig gerechnet. Und wie wir heute Mittag erfahren haben ist ein Schreiben vom Gemeinde- und Städtebund eingegangen, dass dem Kreis nochmal 598.000 € zu Gute kämen.

Stichwort Mobilität: Viele unserer Straßen sind alles andere als in einem guten Zustand. Investitionen und Erhaltungsmaßnahmen reichen oft nicht aus, um den Zustand (Werteverzehr) überhaupt zu halten, auch wenn das Thema Mobilität ein Schwerpunktthema ist. Und deshalb haben wir uns schon gefragt, warum im Haushalt eine Ergebnisverbesserung von 144 T€ in diesem Bereich zu verzeichnen ist. Ich denke wir kennen alle genügend kaputte Straßen, denen dieser Betrag gut tun würde.

Zum Thema Bildung: Sie ist ein Schwerpunkt und soll es auch bleiben.

Rund. 6,4 Mio € werden für den Unterhalt der Schulen zur Verfügung gestellt.

Die Tatsache, dass private Schulen hinzukommen und ein damit verbundener Wettbewerb macht auch weitere Investitionen z.B. im Technikbereich nötig. Wir unterstützen daher auch den Antrag, 30.000 € für Smartboards entsprechend einzustellen. Wir weisen aber auch darauf hin, dass wir 12 Schulen im Kreis haben und das natürlich nicht ausreicht, um die Schulen alle auf den technischen Stand zu bringen, der notwendig wäre. Man bräuchte hier vielleicht ein Konzept mit welcher/ welchen Schulen begonnen wird. Z.B. die Schule, die das beste Argument/ die beste Idee vorbringt, warum sie hier vorne weg laufen sollte, als erstes die Unterstützung erfahren sollte.

Und an dieser Stelle möchte ich auch noch einmal an unseren Antrag erinnern auch öffentliche Gebäude mit W-Lan auszustatten. Auch das halten wir für sehr wichtig im Zusammenhang mit dem Stichwort der Digitalisierung.

Abschließend darf ich mich im Namen der Fraktion bei der Verwaltung bedanken, bei Ihnen Herr Landrat, lieber Frank, bei allen Mitarbeitern der Verwaltung und bei allen Kolleginnen und Kollegen und auch der Presse für eine gute Zusammenarbeit im Jahr 2015. Ich wünsche allen ein frohes Fest und alles Gute für das Jahr 2016, vor allem Gesundheit, denn das ist das wichtigste Gut. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Zum Wirtschaftsplan spricht Herr Ferdinand.

Vielen Dank!

**Wortbeitrag der CDU Kreistagfraktion zu den Punkten 3b
und 3c der Tagesordnung der Kreistagsitzung vom 14.
Dezember 2015**

Sehr geehrte Damen und Herren;
sehr geehrter Herr Landrat Puchtler,

auf dem ersten Blick neigt man angesichts des nun vorliegende **Planentwurfs 2016** für den Eigenbetriebes Rhein-Lahn-Abfallwirtschaft zu einem Erschrecken- steht doch am Ende des Zahlenwerkes ein dicker **Jahresverlust von rund 2,1 Millionen Euro**.

Beim genaueren Hinsehen erkennt man jedoch, dass sich dieser nicht abgedeckte Jahresverlust unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages aus dem Jahr 2014 sowie dem voraussichtlichen Jahresgewinn für 2015 um ungefähr 600.00 Euro auf dann ca. 1,4 Millionen Euro reduzieren wird.

Dieser nicht abgedeckte Jahresverlust wird in erster Linie durch den Aufzinsungsbetrag nach Bilanzmodernisierungsgesetz (kurz BilMoG) in Höhe von 2,345 Millionen Euro (bei Kontostelle 7335) verursacht. Dabei handelt es sich nicht um einen ausgabewirksamen Verlust. Dieser Verlust kann deshalb wieder aus der allgemeinen Rücknahme ausgeglichen werden.

Ohne diese in den Wirtschaftsplan einzustellenden Aufzinsungen nach BilMog wäre also wohl kein Jahresverlust im Jahr 2016 zu verzeichnen.

Zur Erinnerung: Das Bilanzmodernisierungsgesetz wurde im Wirtschaftsjahr 2010 das erste Mal bei der Planerstellung zu Grunde gelegt – damals übrigens in Verbindung mit einer einmaligen Einzahlung von rund 7,2 Millionen Euro in die allgemeine Rücklage;

und dies erfolgte in Form von Ab- und Aufzinsungen, um die zu bilanzierenden Rückstellungen zur Deponienachsorge und zum Rückbau des AWZ Singhofen zu dokumentieren. Dies spielt im Übrigen auch eine Rolle bei der Liquiditätsberechnung.

Im Großen und Ganzen bewegt sich der Wirtschaftsplan ansonsten in Summe in den Strukturen des Vorjahres, also im Aufwand und Ertrag in einer Größenordnung zwischen 19 und 20 Millionen Euro.

Mindestens genauso wichtig wie das nun zu verabschiedende Zahlenwerk sind aber die weitreichenden strategischen Weichenstellungen, welche im vergangenen Jahrerfolgt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

sehr geehrter Herr Landrat,

Am 23. März 2015 beschloss der Kreistag des Rhein- Lahn – Kreises den Beitritt zum Zweckverband Rheinische Entsorgungskooperation (kurz: REK), welchem auch die REK Verbandsversammlung am 27. März 2015 zustimmte.

Was bedeutet dies nun für den Rhein-Lahn – Kreis ?

Zum Einen kann der Zweckverband REK demnächst die Bioabfallbehandlungsanlage des Rhein-Lahn-Kreises im AWZ Singhofen nutzen.

Zum Anderen ist die **Bioabfallbehandlungsanlage des Rhein-Lahn-Kreises** damit **für absehbare Zeit ausgelastet**- was wieder **positiv**

hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und damit der Gebührenstabilität ist.

Die **kreiseigenen Anlagen** werden **durch diese Zusammenarbeit mit dem REK- und** der bereits bestehenden Kooperation mit dem **Rheingau- Taunus – Kreis bis zum Jahr 2025 mittel – bis langfristig ausgelastet** bleiben- und dies sollte dann auch mittel- bis langfristig gut für den Gebührenzahler sein.

Weiterhin beschloss der **Kreistag in seiner Sitzung am 7. Juli 2015**, dass der **Betreibervertrag mit der Fa. Remondis für den Betrieb des AWZ Singhofen zum 31.12.2016 gekündigt** wird und die – ohnehin - kreiseigenen Anlagen ab dem Jahr 2017 mit eigenem Personal betrieben werden.

Der Kreistag folgte hierbei den seitens der Unternehmensberatung Schmidt/Bechtle GmbH präsentierten Ausarbeitungen von Handlungsvarianten zur Betriebsführung, welche den zukünftigen Betrieb des Betriebes durch eigenes Personal ab dem 1. Januar 2017 aus wirtschaftlicher Sicht präferierten.

Es wird abzuwarten bleiben, ob die derzeitig noch geltenden umsatzsteuerlichen Regelungen auch in Zukunft Bestand haben werden und die avisierten Kostenvorteile von derzeit 400.000 Euro /Jahr dann auch mittelfristig erwartet werden können. Die CDU – Fraktion wird darauf ein Auge haben.

Für die CDU – Fraktion bleiben folgende Prämissen hinsichtlich des Betriebes des AWZ Singhofen wichtig:

1. **Gebührenstabilität:** Und in diesem Zusammenhang eine wirtschaftliche Auslastung unserer kreiseigenen Anlagen.
2. **Kundenzufriedenheit:** Unsere Kunden -und dies sind die Einwohner des Rhein-Lahn-Kreises– sollen die Gewissheit haben, dass der Müll pünktlich und zuverlässig abgeholt wird. Dafür zahlen die Kunden Ihre Gebühren.
3. **Vorausschauende und zufriedenstellende Liquidität des Eigenbetriebes:** Der Eigenbetrieb verfügt mit Stand 31.12.2014 über **liquide Mittel** in Höhe von ca. **19,74 Millionen Euro**. Die für die Deponienachsorge und den Rückbau des AWZ Singhofen bilanzierten **Rückstellungsverpflichtungen** belaufen sich auf ungefähr **23 Millionen Euro**. Die Lücke wird also jährlich kleiner und man kann derzeit davon ausgehen, dass die also Lücke geschlossen **wird- also keine Kredite für den Rückbau des AWZ Singhofen aufgenommen werden brauchen.**

Die CDU Fraktion wird auch in Zukunft unter Berücksichtigung der vorgenannten Prämissen sowie der ökologischen Komponente darauf Wert legen, dass hinsichtlich der Müllentsorgung im Rhein-Lahn-Kreis die für den Kunden wirtschaftlichste und zuverlässigste Variante ausgewählt wird. Dies bedeutet dann auch, dass die in diesem Jahr gefundene Lösung für den zukünftigen Betrieb des Eigenbetriebes keine Präjudizierung hinsichtlich angedachter, etwaiger Kommunalisierungen bedeutet.

Abschließend bleibt festzustellen, dass unsere drei Prämissen auch im vergangenen Jahr erreicht wurden- und dies in einem konstruktiven und angenehmen Miteinander zwischen Werksausschuss und Verwaltung. Dieses positive Miteinander setzt sich in Form einer sachlichen, guten und kollegialen Zusammenarbeit innerhalb des Werksausschusses fort. Hierfür möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bedanken und sie bitten, Herr Landrat Puchtler, diesen Dank an Ihre Mitarbeiter weiter zu leiten.

Mit diesem nun vorliegenden Planentwurf dürften die Ziele wohl auch im Jahr 2016 erreicht werden.

Die CDU – Fraktion wird nicht nur deshalb dem

Wirtschaftsplan 2016 für den Eigenbetrieb Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft zustimmen.

Gleiches gilt für den Forstwirtschaftsplan für das Forsteinrichtungswerk Rhein-Lahn-Kreis Abfallwirtschaft.

Zum Forstwirtschaftsplan hätte ich noch die Bitte, dass im kommenden Jahr vielleicht einmal eine Art Waldbegang mit dem Forstamt Lahnstein bzw. dem Revierleiter des Forstreviers Singhofen, Johannes Gieseler, vereinbart wird. Dies wäre nach mehr als 15 Jahren vielleicht einmal interessant, auch wenn es sich bei unserem Forstbetrieb um einen Aufbaubetrieb handelt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!!

Herr Landrat

meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Kreistages

sehr verehrte Damen und Herren

Der Haushalt 2015 liegt vor uns und soll nun heute von uns allen beschlossen werden, was und wie siehe die Rheinzeitung von heute.

Ich bin nun seit 11 Jahren Fraktionsvorsitzender und habe solche Zahlen in einem Kreishaushalt noch nicht gesehen. Und auch schon Jahre vorher als Kreisbeigeordneter kann ich mich fast nicht mehr erinnern, dass ein Haushalt zur Beschlussfassung vorlag, der mit schwarzen Zahlen im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt abschließt. In Zeiten der Doppik war das ja noch nie der Fall und auch zu Zeiten des kameralen Haushaltes schon lange nicht mehr. Herr Landrat Puchter, sie sind nun seit 2 Jahren Landrat und können einen ausgeglichenen Haushalt zur Beschlussfassung präsentieren. Das war ihrem Vorgänger Günter Kern in seiner gesamten Zeit als Landrat nicht vergönnt. Und Günter Groß wenn ich wie du beim Fussball bleibe kann das nicht nur am Trainer gelegen haben, ich glaube die kleinen hoch verschuldeten Vereine (sprich Gemeinden) die sich gerichtlich gewehrt haben, haben wohl erreicht, dass die Fernsehgelder neu verteilt wurden.

In all den Vorjahren haben wir einen Schuldenstand von rund 106 Mill € angehäuft. Und nach dem Haushalt sind wir im kommenden Jahr wieder in der Lage von den 5 Mill € von den Liquiditätskrediten zu tilgen.

Es ist vorgesehen, dass wir dann zum Jahresende noch 53.2 Mill € Liquiditätskredite und 44.9 Mill € Investitionskredite als Schulden haben. Das sind immer noch 98 Mill € Kreditverschuldung und aus meiner Sicht 98 Mill € Schulden zu viel. Wie sollen wir die denn jemals noch mal zurückzahlen. Bei den Investitionskrediten haben wir ja noch was davon, denn wir haben damit etwas für den Kreis investiert und das Kreisvermögen vermehrt. Aber bei den Liquiditonskrediten sieht dies anders aus. Und wir können nur hoffen, dass auch für die nächsten Jahre die Kreditzinsen so im Keller bleiben werden.

Sollten die steigen, sehen wir sehr sehr schlecht aus.

Wenn ich dann das Fazit zum diesjährigen Haushalt lese, wird mir Angst und Bange

da heißt es:

- Teilhaushalt 6 -soziale Sicherung - Der Zuschussbedarf erhöht sich

- Teihaushalt 7 - Jugend und Familie - Der Zuschussbedarf erhöht sich
- Der Zuschussbedarf bei den Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagesstätten erhöht sich
- Personalaufwand - der Zuschussbedarf erhöht sich
- die Kosten für die Schülerbeförderung steigen
- Die Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfallbeseitigung steigen
- Tierkörperbeseitigung - die Kosten erhöhen sich

Und trotzdem haben wir einen ausgeglichenen Haushalt dies verdanken wir doch nur 2 Aspekten.

1. die allgemeinen Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich steigen um knapp 3,7 Mill. € und

2. die Finanzlage der Gemeinden im Kreis muss sich allgemein sehr verbessert haben. Bei gleichem Umlagesatz von 44.8 % erhält der Kreis von den Gemeinden im kommenden Jahr 2,6 Mill€ mehr als noch in diesem Jahr.

Lieber Landrat, hätten wir dies schon im letzten Jahr gewußt und auch die Zahlen aus dem Nachtragshaushalt 2015 gekannt, hätte die FWG den Antrag auf Erhöhung um 0,3% wohl nicht gestellt. Wir haben lange überlegt, ob wir den Antrag stellen sollten die 0,3% wieder zurückzunehmen, aber aus meiner Sicht verzichten wir darauf, um den Ergebnishaushalt nicht schon direkt wieder in die roten Zahlen zu bringen.

Aber wie heißt das Sprichwort: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Diese zuvor genannten Zahlen von Mehrausgaben und Mehreinnahmen summieren sich dann so, dass wir am Jahresende noch einen Überschuss von 170.000 € erzielen können.

Dafür schon mal unser Dank an die Verwaltung insbesondere auch an Herrn Menche, unseren Kämmerer.

Aber Herr Landrat, und meine Damen und Herren des Kreistages, dieser kleine Überschuss darf nicht dazu verleiten, dass nun schon wieder Wünsche geäußert werden die zu Mehrausgaben führen werden, die wir dann nicht bedienen können. Smartboards für die Schulen, lieber Kollege Carsten Göller werden von der FWG voll mitgetragen. Das macht wirklich Sinn. Aber wie Günter Groß ja bereits festgestellt hat, haben wir im Kreis 12 Schulen. Da langt der Ansatz bei weitem nicht. Wenn der Günter dann recht hat und dem Kreis

kommen zusätzliche 600.000 € zugeflossen, sollten wir hier noch mal erheblich nachbessern.

Ich weiß, Vieles weiter wäre Sinnvoll und würde uns gut zu Gesicht stehen, aber auch ein Schuldenabbau würde uns mehr als nur gut zu Gesicht stehen und wäre von riesen Vorteil für unsere Kinder und Enkelkinder, denn die müssen das ausbaden was wir heute nicht kostendeckend verausgaben. Der Antrag der SPD auf bessere Ausstattung der Schulen finde ich sehr sinnvoll und er wird von der FWG vorbehaltlos mit getragen. Aber liebe Kreistagsmitglieder bitte, bitte nicht in jeder KA-Sitzung neue kostspielige Anträge die wir nur mit Schulden bezahlen können.

Etwas besser sieht es im Finanzhaushalt aus, der mit einem guten Plus abschließt und erfreulich können wir auch im kommenden Jahr mit der Rückzahlung von Liquiditätskredite fortfahren. Und der Kreis weist auch im kommenden Jahr keine Nettoneuverschuldung aus.

Erfreulich auch, dass wir doch noch so einiges investieren können. Insgesamt rund 10,6 Mill Euro. Ich denke alle Investitionen sind sinnvoll und angebracht. In die Zukunft gedacht sind die 7. Mill für die Breitbandversorgung sicher gut angelegt und für Privat und für die heimische Wirtschaft äußerst sinnvoll. Insgesamt werden wir hier wohl 11,35 Mill verausgaben. Aber wir erhalten auch wesentliche Zuschüsse. Hier denke ich ist es angebracht auch einmal danke zu sagen an das Land, dass den Ausbau mit 5 Mill unterstützt und vom Bund erhalten wir weitere 4,8 Mill im Konjunkturprogramm, die wir einstimmig über alle Fraktionen hinweg für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt haben. 1 Mill wird bei uns dem Kreis hier hängen bleiben. Und 10% der Kosten müssen die einzelnen Gemeinden zuschießen. Ich hätte nie gedacht, dass so billig davon kommen würden. Hier sage ich Dank den Mitarbeitern des Kreises und insbesondere dem Projektverantwortlichen Herrn Herm. Herr Herm, ohne sie hätten wir das wohl nicht so gut hinbekommen. Und auch wir vom Kreistag haben wohl alles richtig gemacht, zwei mal Sitzung verschoben und dann richtig entschieden. Meine Damen und Herren, klasse wie wir das alles so einheitlich über alle Fraktionen hinbekommen haben. Die übrigen Investitionsmittel geben wir sinnvoll für Schulbaumaßnahmen, Kindergartenbauten, sowie für den Bau der Rettungswache in St. Goarshausen und als freiwillige Ausgabe für die Förderung des Sportes aus.

und weitere 3 Millionen für Sachanlagen , also Straßenbau und Gebäudemanagement.

An sich ist das aber immer noch zu wenig, gerade im Kreisstraßenbau. Wie heißt es im Haushalt so schön:

Der Kreis investiert damit in den Kreisstraßenbau nach wie vor deutlich weniger, als er an Werteverzehr veranschlagen muss, so dass das Kreisstraßenvermögen weiterhin netto an Wert verliert. Dies, meine Damen und Herren ist keine gut Lage für die Zukunft.

Aber zur Zeit wohl nicht zu ändern.

Der Kreishaushalt gibt derzeit mehr nicht her meine Damen und Herren. Und aus meiner Sicht und aus Sicht der FWG steht und fällt der Haushalt, den wir heute zu beschließen haben, im kommenden Jahr mit der Flüchtlingsproblematik. Die hier entstehenden Kosten sind derzeit noch überhaupt nicht abzuschätzen. Ob zusätzliche Mittel von Land und Bund die uns zur Verfügung gestellt werden, zur Kostendeckung reichen, bezweifle ich. Es werden noch erhebliche Kosten beim Kreis hängen bleiben, die wir heute noch nicht im Haushalt eingestellt haben. Ich bin gespannt auf den Nachtragshaushalt, da werden wir schon klarer sehen und schauen wohin die Reise geht.

Herr Landrat, mein Damen und Herren, nochmals herzlichen Dank alle Haushaltsverantwortlichen beim Kreis, insbesondere ihnen Her Menche, das habt ihr prima gemacht, wir die FWG werden dem Haushalt ohne wenn und aber zustimmen.

Zu den beiden Wirtschaftsplänen des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft wird mein Kreistagskollege Birk Utermark kurz Stellung nehmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

**Redebeitrag von Herrn Birk Utermark für die
FWG-Kreistagsfraktion zum Wirtschaftsplan Abfallwirtschaft 2016**

am 14.12.2015

-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine verehrten Damen und Herren,

da ich als einfaches Kreistagsmitglied über die Wirtschaftspläne nicht länger sprechen darf als mein Fraktionsvorsitzender über den ganzen Haushalt fasse ich mich kurz.

Die Zahlen sind ausreichend beleuchtet.

Rekommunalisierung und REK werden spannende Arbeitsfelder werden. Wir hoffen, dass am 01.01.2016 die ersten Stoffströme von Neuwied aus fließen werden. Dies trägt auch zur Optimierung der Auslastung der Deponie in Singhofen bei.

Mit der Fachkompetenz unseres Personals, von Herrn Fischbach und Herrn Müller, und von Ihnen natürlich Herr Landrat, mit der Fachkompetenz die diese Leute haben und auch ausstrahlen, haben wir im REK einen hohen Stellenwert. Wir können dort in Augenhöhe verhandeln. Dafür, Ihrem Team, ein großes Dankeschön.

Bezüglich der REK möchte ich aber noch einen besonderen Dank aussprechen und zwar an Herrn Göller und die SPD-Fraktion. Durch sie ist die FWG-Fraktion auch mit in die Entscheidungsfindung bei der REK eingebunden, sie haben uns einen Platz in der Zweckverbandsversammlung überlassen- dafür vielen Dank.

Ich wünsche Ihnen allen eine ruhige Adventszeit und ein besinnliches Weihnachtsfest. Die FWG-Fraktion stimmt den Plänen zu.

Vielen Dank!

Rede des Fraktionsvorsitzenden der Grünen Josef Winkler zum
Kreishaushalt 2016
am 14.12.2015

Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren.

Wir begrüßen, daß die Verwaltung uns einen ausgeglichen
Haushaltsentwurf vorgelegt hat, wohlwissend, daß das eine
oder andere Risiko in den Blick genommen werden muß, daß
diesen Ausgleich bedroht.

Wenn wir uns an die Defizite aus den Jahren 2009-2012
erinnern, die im Durchschnitt bei 8,4 Millionen lagen, sind diese
Risiken gleichwohl überschaubar.

Daß durch unsere Teilnahme am kommunalen
Entschuldungsfonds RLP sich im Bereich der Liquiditätskredite
die Waage sich endlich in die richtige Richtung neigt, ist zu
begrüßen. Wenn es uns wirklich gelingen würde, in einem
knappen Dutzend Jahren die Verschuldung abzubauen, wäre
das ein wesentlicher Schritt nach vorne für die Zukunft unseres
Kreises.

Konnte ich im letzten Jahr noch sagen, daß wir die von der rot-
grünen Regierung in Mainz durchgeführte Reform des
kommunalen Finanzausgleichs und damit die erhebliche
Aufstockung der Finanzausgleichsmasse um 25 % bis 2016
begrüßen, kann ich mich dieses Jahr darüber freuen, daß im
Rahmen dieser Reform im Haushaltsentwurf für 2016 des
Landes man den kommunalen Finanzausgleich erneut deutlich
aufgestockt hat: Um 176 Millionen Euro wird die
Finanzausgleichsmasse des Kommunalen Finanzausgleichs im
kommenden Jahr steigen. Weitere 79 Millionen Euro
Landesmittel stellt das Land den Kommunen im Rahmen des
Kommunalen Entschuldungsfonds zur Verfügung. Da wir uns
daran beteiligen, profitieren wir von beiden Entscheidungen.

Der Haushalt wird allerdings in Kürze noch abschließend beraten und beschlossen – meine Zahlen beziehen sich auf den Entwurf.

In Rheinland-Pfalz wird die Bildung von der Kita bis zur Hochschule weiterhin gebührenfrei sein, für diese klare Absichtserklärung der Landesregierung und des Haushaltsgesetzgebers bin ich dankbar, jede Veränderung an diesem System hielte ich für schädlich.

Das Thema der nach Deutschland geflüchteten Menschen wurde ebenfalls schon genannt. Die Landesregierung hat Mittel in Höhe von 165 Millionen Euro für die humanitäre Unterbringung und Versorgung, für die Unterstützung der Ehrenamtlichen, für das Programm der freiwilligen Rückkehr und für die Traumaberatung vorgesehen. Noch unklar ist für uns vor Ort allerdings, wie genau diese Mittel im Land verteilt werden. Deshalb ist der Feststellung im Vorbericht zum Haushaltsplan des Kreises (S.27) zunächst nicht zu widersprechen: Die Kommunen nähern sich der Grenze der Belastbarkeit sowohl in personeller als auch in finanzieller Hinsicht. Hier wird also sehr genau zu beobachten sein, ob Bund und Land die gemachten Zusagen der Kostenübernahme auch einhalten, oder wir hier vor Ort die genannte Belastungsgrenze überschreiten werden. Ich gestatte mir hier eine Dosis Optimismus – ich könnte auch sagen „Wir schaffen das!“ . Als Kreis können wir das gut ergänzen : „Aber nicht alleine.“

Daß wir im Bereich der Schulen wie im letzten Jahr knapp 6,4 Millionen im Haushalt aufbringen und im Bereich der Kindertagesstätten erneut 32,3 Millionen für Betrieb und Erweiterung von Gruppen einsetzen ist eine notwendige Investition in unsere jüngsten Bürger.

Die Entwicklung beim Breitbandausbau begrüßen wir ebenfalls.

Die 11,3 Millionen Euro sind gut angelegtes Geld. Ohne schnellen Internetzugang wären wir hier abgehängt und es ist gut, daß wir hier nun mit der Firma Inexio auf einem guten Weg sind. Dies gilt natürlich nur für die, von der stattgefundenen Ausschreibung betroffenen Gebiete des Kreises. Es bleibt zu hoffen, daß die Deutsche Telekom sich ebenfalls bald an ihre Ausbauankündigungen erinnert, damit die gute Entwicklung in diesem Bereich allen Bürgerinnen und Bürgern im Kreis zugute kommt und nicht nur vielen.

Ich komme nun zum Schluss. Für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr will ich mich bei Ihnen Herr Landrat, bei den Beigeordneten und den Kolleginnen und Kollegen bedanken.

In Bezug auf den Haushalt richte ich einen Dank an Herrn Menche, der erneut mit seinem Vorbericht zum Haushalt schon die Antworten auf die meisten Fragen vorweggenommen hat, was keine Selbstverständlichkeit ist.

Ich wünsche noch schöne Adventstage und soweit wir uns nicht mehr sehen bis dahin, ein schönes Weihnachtsfest.

Josef Winkler
Fraktionsvorsitzender
B90/DIE GRÜNEN im Kreistag des Rhein-Lahn-Kreises

Haushaltsrede von Herrn Oliver Sacher
stv. Vorsitzender der ALFA-Kreistagsfraktion,
zum Kreishaushalt 2016 am 14.12.2015

-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchten wir uns bei den Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die an der Erstellung des umfangreichen Haushaltsplanes mitgewirkt haben. Insbesondere bedanken wir uns bei Herrn Menche und Frau Holl, die unsere Detailfragen zum Haushalt in einem persönlichen Gespräch ausführlich beantwortet haben.

Betrachtet man die unveränderten strategischen Ziele des Rhein-Lahn-Kreises, von der nachhaltigen Gewährleistung der Lebensgrundlagen unter Berücksichtigung des demografischen Wandels, über die Unterstützung und Förderung der regionalen Wirtschaft, bis hin zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements, so finden sich die Bestrebungen, diese Ziele zu erreichen, in dem vorliegendem Haushalt wieder.

Der ausgewiesene Überschuss im Ergebnishaushalt von rund 170 Tsd. EUR für 2016 ist sicherlich dem Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltes geschuldet. Die im Nachgang veränderte Situation, sei es die korrigierte Prognose des Bruttoinlandsproduktes von 1,8% auf 1,6% im November oder die sich täglich ändernden Zahlen bezüglich des Zustroms von Asylbegehrenden, lässt einen positiven Abschluss in 2016 eher unwahrscheinlich werden. Fairerweise sei aber zu bemerken, dass ein Anspruch auf die Vorlage eines tagesaktuellen Werkes unrealistisch wäre und selbst dann die Zahl der Unbekannten zum jetzigen Zeitpunkt zu groß wäre, um von einer „verlässlichen“ Zahlengrundlage sprechen zu können.

Somit sehen wir das prognostizierte Ergebnis als Indiz dafür, dass Bestrebungen wie Haushaltsausgleich, Abbau von Schulden und Erreichung der strategischen Ziele des Rhein-Lahn-Kreises auch in 2016 fortgeführt werden. Bezüglich des

Konsolidierungspfades dürften sich – bei gleichbleibender Zielgröße – deutlichere Abweichungen zwischen Plan- und Ist-Größe ergeben. Wie bei der Haushaltsentwicklung 2015 abschließend bemerkt, wird es trotz aller Einsparbemühungen und Ausschöpfung des Einnahmepotentials nicht nur in den nächsten 5 Jahren nicht möglich sein, den geforderten Haushaltsausgleich zu erreichen, sondern aus unserer Sicht auch mit Sicherheit in den nächsten 10 Jahren nicht.

Umso größer wird die zu erwartende Herausforderung für die Verwaltung im nächsten Jahr sein, die Erkenntnisse aus dem 2. Halbjahr 2015 und denen des neuen Jahres in den Haushalt einzuarbeiten. Hier bleibt zu hoffen, dass die Entlastungen durch Bund und Land am Ende auch den Erwartungen entsprechen.

Auch die operativen Finanz- und Qualitätsziele finden unsere Zustimmung, weil Prozessoptimierungen i.d.R. mittel- und langfristig zu Kosteneinsparungen führen. Hier seien auszugsweise die organisatorischen Optimierungen in den Bereichen der Kreismusik- und Kreisvolkshochschule, den baurechtlichen Verfahren und der Zinsoptimierung von Investitionskrediten genannt.

Den Rhein-Lahn-Kreis durchquert keine Bundesautobahn, umso erfreulicher ist es, dass voraussichtlich ab Anfang 2017 der gesamte Kreis sukzessive durch eine Datenautobahn erschlossen sein wird. Die gemeinsame Verfolgung des längst überfälligen DSL-Breitbandausbaus ist aus unserer Sicht ein elementarer Baustein zur Zukunftssicherung unseres Kreises. Betrachtet man den demografischen und wirtschaftlichen Wandel in unserer Region, so stellt das Vorhandensein eines Breitbandanschlusses nicht nur für Neubürger, sondern auch für die Ansiedlung von Gewerbe ein KO-Kriterium dar. Die für den Kreis und die Gemeinden einhergehenden Kosten sind als Investition in die Zukunft zu sehen.

Gleiches gilt für die technische Ausstattung unserer Schulen. Die z.B. vorgeschlagene Ausstattung der Schulen mit Smart-Boards unterstützen wir vollumfänglich, wobei wir die zunächst geplante Investition von 30 Tsd. EUR für wesentlich zu niedrig erachten. Hier dürfen wir unter keinen Umständen den Anschluss an die dynamisch fortschreitende Technisierung im Alltag verpassen. Auch in Hinsicht auf den Wettbewerb mit privaten Schulen wäre - nicht nur in diesem Punkt - aus unserer Sicht Zögern die falsche Strategie. Generell stellt

sich hier auch die Frage, ob Privatschulen einen Bedarf wecken oder doch eher einen offensichtlich vorhandenen Bedarf decken. Hier müssen wir als Schulträger die Situation ständig neu überprüfen und uns unter Umständen auch nach der vorhandenen Nachfrage richten.

Da sich der Kreis leider kein Geld selbst drucken darf, wird es uns in der Zukunft nicht erspart bleiben, die Prioritäten im Bereich der uns zur Verfügung stehenden Finanzmittel zum Teil neu zu ordnen.

Trotz Investitionsstau im Bereich des Straßenbaus könnte z.B. die bereits geplante Erhöhung der Mittel für Kleinmaßnahmen für die Unterhaltung von Kreisstraßen von 75 Tsd. EUR auf 200 Tsd. EUR im neuen Haushaltsjahr uns künftig mehr Flexibilität und Zeit in Hinsicht auf Komplettsanierungen verschaffen.

Die künftig weiter steigende Anzahl von Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen sehen wir zunächst als Herausforderung für unsere Gesellschaft im Allgemeinen und für unseren Kreis im Besonderen.

Nur wenn wir dieser Herausforderung gerecht werden und wirklich alles Mögliche tun, die Integration dieser Menschen in unsere Gesellschaft zu fördern und zu fordern, können sich künftig auch Chancen für unseren Kreis und all seine alten und neuen Bewohner ergeben. Dies erfordert aus unserer Sicht zunächst eine nicht unerhebliche Aufstockung der Finanzmittel für jegliche integrationsfördernde Maßnahmen, was wir ausdrücklich begrüßen würden.

Wir wünschen uns einen sachlichen und den Umständen entsprechend gerechten Umgang mit diesen Themen und fordern damit einhergehend auch in der Außendarstellung unseren Mitbürgern gegenüber eine nüchterne, ungeschmückte Darstellung der anstehenden Herausforderungen und können nur dann auch die damit in Zukunft zu erwartenden Chancen glaubhaft darstellen.

Einen solchen ehrlichen Umgang werden uns die Bürger in dieser Sache durch ihre private Unterstützung und ihre privates Engagement honorieren, dessen sind wir uns sicher. Wir müssen die Bürger mitnehmen, denn alleine schaffen wir das nicht.

Der vorliegende Haushaltsplan stellt aus unserer Sicht und unter den gegebenen Umständen ein stimmiges Zahlenwerk dar, daher werden wir diesem auch zustimmen.

Herr Basibüyük und ich bedanken uns für die gute Zusammenarbeit und wünschen Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, eine besinnliche Weihnachtszeit und für das neue Jahr alle Gute, Gesundheit und Zufriedenheit.



Monika Becker
Sprecherin der FDP
im Kreistag

Haushaltsrede
der Sprecherin der FDP
im Kreistag Rhein-Lahn am 14. Dezember 2015
zum Haushalt 2016

- Es gilt das gesprochene Wort -

Hauptstraße 34
56379 Winden

Tel. 02604/950076
Fax 02604/950074

Email:
fdp@fdp-kreistag-rhein-lahn.de

Internet:
www.fdp-kreistag-rhein-lahn.de

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,

zweifelloos kann man abermals von einer positiven Entwicklung für unseren Kreishaushalt sprechen: Im zweiten Jahr in Folge wird ein Jahresüberschuss ausgewiesen – auch wenn er in diesem Jahr deutlich geringer ausfällt als im vergangenen Jahr.

Im Vergleich zu den negativen Haushaltsergebnissen der vergangenen Jahre ist das in der Tat eine positive Entwicklung für den Rhein-Lahn-Kreis.

Natürlich ist besonders erfreulich, dass in diesem Jahr eine Debatte über eine möglicherweise notwendige Anhebung des Kreisumlagesatzes nicht erforderlich ist.

Wichtig ist auch die deutlich erkennbare Tendenz zum Schuldenabbau. Insbesondere die Rückführung der über die Jahre immens angestiegenen Liquiditätskredite ist gut und richtig – aber auch absolut zwingend.

Gleichzeitig investieren wir - neben dem Kreisstraßenbau, Schulen und Kitas - in ein sehr wichtiges Kreisprojekt – den Breitbandausbau. Eine notwendige Investition für die Zukunftsfähigkeit unseres Kreises.

Den Jahresüberschuss haben wir - trotz steigender Belastungen - einem deutlichen Plus bei den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich und dem gestiegenen Kreisumlageaufkommen zu verdanken.

Meine Damen und Herren, Gott sei Dank haben wir nach wie vor eine stabile Wirtschaft, die - trotz erheblicher Belastungen durch die Politik - in den vergangenen Jahren ein ständig steigendes Steueraufkommen erwirtschaften konnte und damit die Grundlagen für die gestiegenen Zuweisungen an uns geschaffen hat!

Ein solider Haushaltsplan also, den die Verwaltung vorgelegt hat, dafür danke ich ausdrücklich – vornehmlich der Finanzabteilung des Hauses.

Die FDP wird dem Haushaltsplan 2016 zustimmen.

Alles gut gemacht! in der Tat!

Aber ist deshalb auch alles gut?

Ich glaube, nein, meine Damen und Herren!

Bei näherem Hinsehen ist dieser Haushalt mit erheblichen Risiken verbunden.

Wir brauchen deshalb dringend nach wie vor die schon so oft eingeforderte bessere Finanzausstattung der Kommunen durch den Bund und das Land – insbesondere aber durch das Land. Diese Forderung müssen wir auch weiterhin immer und immer wieder stellen, bis es zu einer deutlichen Änderung kommt.

Lassen Sie mich nur die wichtigsten Risiken aufführen:

Die nach wie vor steigenden Aufwendungen im Bereich der sozialen Sicherung und den Kindertagesstätten haben dazu geführt, dass die Aufwendungen dieser beiden Teilhaushalte alleine inzwischen fast 75% des Gesamthaushaltsvolumens ausmachen.

Die Kreisumlage reicht doch schon seit Jahren bei weitem nicht mehr aus, den hier bestehenden – und ständig wachsenden Zuschussbedarf zu decken.

Der Zuschussbedarf erhöht sich von Jahr zu Jahr und die vom Land 2014 eingeführten Schlüsselzuweisungen C1 und C2 zur Entlastung der Kreise, insbesondere im Bereich der Sozialausgaben, hinken dem deutlich hinterher.

Ganz abgesehen davon, meine Damen und Herren, dass dieser Ausgleich nicht in den Topf des allgemeinen Finanzausgleichs gehört. Dieser Ausgleich muss außerhalb und zusätzlich geregelt werden.

Natürlich, meine Damen und Herren, wir investieren in den Straßenbau, Schulen und Kitas. Wir tun das – soweit wir es können

Das heißt, wir investieren in dem Umfang, in dem uns das Land z.B. im Bereich Straßenbau die Fördermittel aus dem GVFG zuordnet. Und da ist ordentlich zurückgefahren worden, was dazu führt, dass nicht nur beim Land, sondern auch bei uns im Kreis Mittel fehlen, die wir

investieren müssten, damit zumindest der Werteverzehr unseres Infrastrukturvermögens, also vornehmlich unserer Straßen, ausgeglichen wird.

Kein Betrieb kann sich das leisten, dass er sein Vermögen verkommen lässt. Das sollte die öffentliche Hand auch nicht tun, meine Damen und Herren. Schon gar nicht im ländlich strukturierten Landkreis, in dem die Bürgerinnen und Bürger zwingend auf eine stabile Infrastruktur angewiesen sind, um z.B. zu ihrem Arbeitsplatz kommen.

Ein entscheidendes Risiko unseres Haushaltes und aller öffentlicher Haushalte ist das nun seit Jahren anhaltende niedrige Zinsniveau. Alle Planer öffentlicher Haushalte – so auch unser Kämmerer – hoffen, dass die Niedrigzinspolitik noch lange anhält. Aus ihrer Sicht absolut verständlich, denn wie unser Haushalt aussähe, wenn wir nur eine Zinserhöhung um 1% zu verkraften hätten, mag man sich gar nicht vorstellen.

Gleichwohl wäre ich der Verwaltung dankbar, wenn sie das einmal berechnen würde, damit wir nicht voller Zuversicht die Augen verschließen vor dem, was unweigerlich kommt.

Ich bin sicher, dass der Haushalt 2017 diesbezüglich bereits unter anderen Vorzeichen steht.

Die amerikanische Notenbank hat erste Signale in diese Richtung ausgesendet, die bereits in dieser Woche real werden könnten. Wie schnell das nach Europa herüber schwappt wissen wir aus der Vergangenheit. Auch Herr Draghi wird dann unweigerlich folgen müssen.

Alles in allem, meine Damen und Herren, ist das ein ordentlich geplanter Haushalt. Letztendlich kann der Kreis aber seiner Aufgabe als unabhängiger, weil mit ausreichend Finanzmitteln ausgestatteter, innovativ die Zukunft gestaltender Landkreis - so wie Freiherr vom Stein die kommunale Ebene einmal als unabdingbar wichtige Grundfeste der Demokratie gedacht hat – dennoch nicht gerecht werden. Die Höhe der freiwilligen Leistungen - 1,22% des Gesamthaushalts - spricht doch dafür Bände.

Dank an die Verwaltung für gute Zusammenarbeit....

Meine Damen und Herren,

dem Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftszentrums für 2016 stimme ich ebenfalls zu. Der Wirtschaftsplan weist zwar einen Jahresverlust von gut 2 Mio aus - dem gegenüber steht aber das Betriebsergebnis - also die tatsächliche Gegenüberstellung von Erträgen und Aufwendungen - das sich weiterhin positiv darstellt. Der Ausgleich des nicht gedeckten Verlustvortrages aus den Rücklagen scheint gerechtfertigt, da bei einem vorhandenen Eigenkapital von 12 Mio und einer Liquidität von 19,7 Mio eine angemessene Eigenkapitalausstattung vorhanden ist.

Kritisieren möchte ich an dieser Stelle jedoch die in der letzten Kreistagssitzung in nicht öffentlicher Sitzung getroffene Entscheidung zur Rekommunalisierung des Abfallwirtschaftszentrums in Singhofen.

Dies hat einmal grundsätzlich ordnungspolitische und finanztechnische Gründe. Aber auch vom Verfahren her finde ich die Sache nicht in Ordnung. Die Entscheidung, die Entsorgung künftig zu kommunalisieren, ist von so grundsätzlicher Natur, dass ich mir gewünscht hätte, diese – wie bei anderen wichtigen Themen auch – im Kreisausschuss ausgiebig zu erörtern. Warum ausgerechnet bei diesem so wichtigen Thema davon abgewichen wurde, irritiert.

Ordnungspolitisch ist die Entscheidung aus Sicht der FDP falsch. Ohne Not getroffen. Die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern als auch die Stabilität der Abfallgebühren stand zu keiner Zeit in Frage. Also: Für wen und warum machen wir das dann?

Finanztechnisch steht das Ganze auf tönernen Füßen, denn der prognostizierte Wirtschaftsplan für die dann in kommunaler Hand befindliche Abfallentsorgung unterstellt eine dauerhafte Befreiung von der Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuerbefreiung für kommunale Unternehmen wird nach meiner Überzeugung mittel- und langfristig keinen Bestand haben. Der blaue Brief aus Brüssel - nicht unbekannt in Rheinland-Pfalz - und die Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens wird letztlich dazu führen, dass die Mehrwertsteuer zu berechnen ist. Es wäre interessant zu erfahren, wie sich das auf die Abfallgebühren niederschlägt.

Haushaltsrede von Herrn Ulrich Lenz,
Sprecher „Die Linke“ im Kreistag Rhein-Lahn,
zum Kreishaushalt 2016
am 14.12.2015
-es gilt das gesprochene Wort!-

Sehr geehrter Herr Landrat Puchtler,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen Kreistagsmitglieder,
liebe Gäste,

zuerst möchte ich mich bei dem Kämmerer Herrn Menche und seinem Team bedanken für den sehr gut vorbereiteten Haushaltsentwurf.

Der Haushalt enthält - wie immer - Zahlen über Zahlen. Mit den entsprechenden Begründungen.

Doch was ich in dem Haushalt vermisse - wie bei jedem Haushalt - ist die menschliche Komponente. Unsere Hauptaufgabe ist es doch, uns um Menschen zu kümmern. Und nicht um Zahlen. Alle haben ein Recht auf ein sorgenfreies Leben, egal ob es ein Kind ist, ein Erwachsener oder ein Rentner, ein hier Geborener - oder die ganzen Menschen, die aus weiter Ferne zu uns kommen. Alle diese Menschen sind keine Produkte im Kreishaushalt, die man beliebig hin und her schieben kann.

Beim ersten Blick auf unseren Kreishaushalt 2016 machen wir keine neuen Schulden. Das hatten wir die letzten zwei Jahre auch schon, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Und wie die Entwicklung weiter geht, wurde eben schon angesprochen. Wir müssen die Zinsentwicklung beachten, aber ich schätze Herr Menche könnte diese sofort darstellen, wenn sich das Zinsniveau um einen Prozentpunkt ändern würde.

Was mir auffällt, ist, dass immer wieder nur über Kürzungen gesprochen wird. Nicht über bewusst erzeugte Mehreinnahmen. Wir haben ja welche (Mehreinnahmen), aber das sind keine, die aufgrund von irgendwelchen Steuerveränderungen bewirkt

wurden. Weil es momentan in Deutschland rund läuft. Und gerade in einem Land wie Deutschland, wo es rund läuft, sollte es eigentlich fast selbstverständlich sein ein Vorreiter zu sein, um auch mal wieder in der Steuerpolitik gewisse Sätze zu erhöhen und nicht immer nur zu senken. Ich denke gerade an die Spitzeneinkommen. In den 70er bis 90er Jahren hatten wir wesentlich höhere Steuern, den Menschen ging es im Schnitt besser, wir hatten weniger Probleme mit Sozialausgaben usw. Und das sollte man alles bedenken. Eine Menschheit besteht nicht nur aus den obersten 10 %. Sondern die 90 %, die darunter liegen, die brauchen diesen Sozialstaat. Ich komme nun wieder auf die Topverdiener dieser Gesellschaft zurück. Und das ist auch ein Thema, was wir gar nicht bedenken: Das Thema TTIP.

TTIP wird verhandelt zwischen Wirtschaftsunternehmen und Staaten. Und Staaten bzw. die Vertreter dieser Staaten haben nur begrenzt Einfluss und Einsichtsmöglichkeiten in die Verhandlungen. Sie dürfen ja noch nicht einmal, wenn sie Einsicht nehmen in die vorgesehenen Verträge, Aufzeichnungen machen. Und überlegen Sie sich, wie dann eine vernünftige demokratische Entscheidung stattfinden soll, wenn das nicht möglich ist.

Das sind viele Punkte die ich als Entwicklung auch in der Gesellschaft sehe. Wir bekommen Vorgaben. Und als Staat selber, und wir sind Teil des Staates, machen uns gar nicht mehr so richtig Gedanken darüber wie das funktioniert.

Bezüglich des Kreises möchte ich zunächst Schulen und Kindertagesstätten ansprechen. Wir haben staatliche Schulen und Kindertagesstätten, wo auch Menschen, die nicht gut betucht sind, ihre Kinder hinschicken, weil sie u.a. eine Privatschule nicht bezahlen könnten. Und wenn ich in den Plan gucke, habe ich da gelesen, dass wir momentan einen 10 %igen Schüleranteil an Privatschulen haben. Ich finde das immens. Es entspricht aber dem Bild, dass es auch diese 10 % unserer Gesellschaft sind, die es sich leisten können, ihre Kinder an Privatschulen zu schicken. Und die Öffentlichen höchstwahrscheinlich finanziell auch darunter leiden werden, weil ich davon ausgehe - ich weiß nicht, ob es im Moment schon der Fall ist - dass diese Privatschulen auch finanziell Geld vom Staat haben wollen. Deshalb halte ich auch die angesprochenen Smartboards für eine ganz wichtige Sache. Damit zeigen wir auch diesen privaten Schulen „wir können auch etwas für unsere Kinder tun“.

Ich möchte Bezug nehmen auf die vielen Menschen, die derzeit nach Europa kommen. Auch geschuldet durch Kriege, an denen unsere Nato ein gewisses Maß an Mitschuld trägt. Wir werden auch im Kreis Aufwendungen dazu haben. Wir reden immer über die vielen ehrenamtlichen Helfer, aber es gibt viele Dinge, die Ehrenamtler gar nicht erledigen können. Das müssen Personen machen, Spezialisten, die die Umstände kennen, weshalb die Menschen in unser Land gekommen sind. Wir wollen eine gelungene Integration hinbekommen, dazu gehört auch, dass die hier wohnenden Menschen ein Verständnis dafür bekommen, warum diese Menschen kommen und wie man - mit ihnen - unser Weltbild anpassen kann. Denn ein Land oder eine Region profitiert immer davon, wenn neue Ideen

zuwandern. Und das ist nichts anderes: Neue Ideen haben die Gesellschaft immer weiter gebracht. Und jede Ausgabe in die Menschlichkeit ist eine Investition in die Zukunft. Es gäbe noch viel zu sagen zu dem Kreishaushalt, aber meine Vorredner haben schon viel gesagt.

Notwendige Veränderungen haben in einigen Bereichen nicht stattgefunden.

Ich als Sprecher der Linken werde dem Kreishaushalt zustimmen.

Aber ich finde es müssen einige Dinge geändert werden - ich habe es eben schon erwähnt. Insbesondere finde ich auf der Einnahmenseite des Staates. Und das ist auch etwas, was ich hier nochmal in die Runde geben möchte. Wir haben im Kreistag Mitglieder, die kommen aus Parteien die in Regierungsverantwortung sind. Redet bitte mit euren Landtags- und Bundestagsabgeordneten und weist sie darauf hin, dass die Kommunen Geld brauchen. Das geht nur über eine Steuererhöhung auf Landes- oder Bundesebene. Weil bei einer Steuererhöhung auch wieder Geld an uns zurückfließt. Und dann können wir vielleicht auch an eine Senkung der Kreisumlage denken.

Den Breitbandausbau halte ich für eine gute und notwendige Investition.

Zum Wirtschaftsplan: Die Zahlen wurden heute schon sehr gut erläutert. Ich finde es sehr positiv, dass wir dem Zweckverband REK mit den angrenzenden nordrhein-westfälischen Kreisen zugestimmt haben. Genauso finde ich die Kündigung des Betreibervertrages mit der Firma Remondis positiv und dass der Kreis dies übernommen hat. Dies ist ein Schritt in die Kommunalisierung der Abfallwirtschaft.

Dem Wirtschaftsplan werde ich auch zustimmen.

Ich wünsche allen hier Anwesenden eine schöne Weihnachtszeit. Ich bitte aber auch Alle, an unsere Mitmenschen zu denken - auch in den Krisengebieten. An diese Menschen bitte denken... Uns geht es hier gut. Anderen Menschen - und auch den Menschen auf der Flucht - nicht.

Vielen Dank!

Vereinbarung über die Errichtung einer eigenständigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in der Stadt Diez

Flüchtlinge menschenwürdig und sozialverträglich unterbringen
– gemeinsam Chancen nutzen und Herausforderungen bewältigen –

zwischen

dem Land Rheinland-Pfalz,

vertreten durch

die Staatsministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen,

den Staatsminister des Innern, für Sport und Infrastruktur,

die Staatsministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

und

der Stadt Diez

- vertreten durch den Stadtbürgermeister, Frank Dobra -

der Verbandsgemeinde Diez

- vertreten durch den Bürgermeister, Michael Schnatz -

dem Rhein-Lahn-Kreis

- vertreten durch den Landrat, Frank Puchtler -

- im Folgenden Unterzeichner -**



Präambel

(1) Die Zahl der Menschen, die in Rheinland-Pfalz Schutz vor Verfolgung in ihren Heimatländern suchen, steigt aufgrund der Konflikte in der Welt stetig an. Die menschenwürdige Unterbringung und Versorgung dieser Menschen stellt eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung dar. Zugleich bieten die Aufnahme von Flüchtlingen und ihre Integration in die Gesellschaft große Chancen für Land, Kommunen, Wirtschaft und Gesellschaft im Hinblick auf die demografische Entwicklung, auf den Erhalt der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur vor Ort und auf die Deckung des Fachkräftebedarfs.

(2) Das Land Rheinland-Pfalz beabsichtigt im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben die Einrichtung einer Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (im Folgenden AfA) im ehemaligen Unterkunftsbereich der Freiherr-vom-Stein-Kaserne Diez. Es sollen dort bis zu 1.000 Plätze für Asylbegehrende geschaffen werden. In Notsituationen kann diese Zahl zeitweise überschritten werden.

(3) Diez ist bereit, die Chancen der AfA für die Stadt und die angrenzenden Gemeinden zu nutzen. So kann es durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung der Kaufkraft in der Stadt Diez zu positiven Effekten für den Wirtschaftsstandort kommen und somit können Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung entstehen. Diez nimmt die gesamtgesellschaftliche Verantwortung ernst und ist vor diesem Hintergrund bereit, das Land Rheinland-Pfalz bei der Einrichtung und bei dem Betrieb der AfA im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen. Zum anderen stellt die Einrichtung der AfA die Stadt Diez vor weitere soziale und gesellschaftliche Herausforderungen.

(4) Zugleich sind die Akteure der Zivilgesellschaft – Kirchen, Unternehmen und ihre Verbände, Gewerkschaften, Vereine, Träger der freien Wohlfahrt und Initiativen – herzlich dazu eingeladen, mit ihrem Engagement und ihrer Bereitschaft zur Hilfe zu einer menschenwürdigen Aufnahme der Flüchtlinge sowie zu einem gedeihlichen Zusammenleben beizutragen. Die Akteure der Zivilgesellschaft sollen von den Unterzeichnern dieser Erklärung im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten unterstützt werden.

(5) Bei dem Aufbau und dem Betrieb der Einrichtung soll das Potenzial der heimischen Firmen genutzt werden.

Um die vorgenannten Ziele zu erreichen, erklären die Unterzeichner ihren Willen, die nachfolgenden Maßnahmen so bald als möglich durchzuführen:

1. Baurecht

(1) Bauplanungsrecht

Die ehemaligen Unterakunftsgebäude liegen nicht im Gebiet eines wirksamen Bebauungsplans. Das Vorhaben liegt jedoch im Bereich eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils.

Die Einrichtung einer AfA in diesem Bereich ist nach § 34 Abs. 1 BauGB zulässig, sodass es keiner Aufstellung eines Bebauungsplans bedarf.

(2) Bauzulassungsverfahren

Für die Nutzungsaufnahme der Gebäude durch das Land Rheinland-Pfalz als AfA oder Außenstelle ist ein baurechtliches Zustimmungsverfahren gem. § 83 LBauO notwendig. Gem. § 83 Abs. 3 LBauO findet eine Bauüberwachung durch die Unteren Bauaufsichtsbehörde gegenüber dem Land allerdings nicht statt.

Sollte es aus Gründen des Anstiegs der Flüchtlingszahlen vor Abschluss des Zustimmungsverfahrens notwendig sein, die Anlage in Betrieb zu nehmen, so stellt das Land die Kreisverwaltung von jeglicher Haftung frei.

Der Landkreis verpflichtet sich, das Zustimmungsverfahren bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zum frühestmöglichen Zeitpunkt abzuschließen.

2. Höchstzahl der Unterbringungsplätze

Das Land verpflichtet sich, die Zahl der in der AfA untergebrachten Asylbegehrenden auf bis zu 1.000 Plätze zu begrenzen. In Notsituationen kann diese Zahl zeitweise überschritten werden.

3. Städtebauförderung

Das Land ist bereit, die Stadt Diez, nach Abschluss der noch laufenden Sanierungsmaßnahme in der Innenstadt, unter Beachtung der förderrechtlichen Bestimmungen sowie unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei der weiteren städtebaulichen Entwicklung der Innenstadt zu unterstützen und förderungsfähige Investitionen, investitionsbegleitende und investitionsvorbereitende Maßnahmen in einem abgestimmten Fördergebiet auf der Grundlage des genehmigten integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes zu fördern.

4. Förderung von Infrastrukturprojekten

Das Land ist grundsätzlich bereit, die Stadt Diez und die Verbandsgemeinde Diez unter Beachtung der förderrechtlichen Bestimmungen sowie unter der Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei der

Umsetzung von Infrastrukturprojekten zu unterstützen. Dies gilt auch für andere Träger von Infrastruktureinrichtungen, sofern die Förderbestimmungen dies zulassen.

5. Anschlussnutzung / Konversion der Freiherr-vom-Stein-Kaserne

Die Stadt Diez musste sich in den vergangenen Jahren immer wieder neuen Herausforderungen stellen: U. a. der Schließung zweier Kasernen, dem Wegfall des Katasteramtes, des Gesundheitsamtes, des Forstamtes und der Schließung der Geburtenstation des DRK Krankenhauses. Alles immer verbunden mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft.

Gemeinsam mit der BlmA sollte Anfang September 2015 mit dem Einstieg in die Vermarktung der Freiherr-vom-Stein-Kaserne begonnen werden; die Aussichten auf eine erfolgreiche Vermarktung wurden aufgrund der aktuellen Situation (z. B. niedrige Zinsen und ernst zu nehmende Anfragen von möglichen Investoren) gut bis sehr gut eingeschätzt. Durch die vorübergehende Nutzung der Konversionsfläche und der damit verbundenen Möglichkeiten verliert Diez nun ein erhebliches Potenzial zur wirtschaftlichen Expansion.

Das Land strebt eine Nutzung der Liegenschaft als Erstaufnahmeeinrichtung auf der Basis eines Mietvertrages mit der BlmA zunächst für die kommenden fünf Jahre an.

Sollten sich die Voraussetzungen für den Bedarf an Erstaufnahmeeinrichtungen im Land ändern, wird das Land bei Auslaufen des Mietvertrages die Kommune dabei unterstützen, den Vermarktungsprozess gemeinsam mit der BlmA wiederaufzunehmen.

6. Kommunale Finanzbeziehungen

- (1) Das Land wird die AfA Diez als eigenständige Landeseinrichtung errichten. Eine eigenständige AfA gewährleistet die melderechtliche Erfassung der dort untergebrachten Menschen in der Einwohnerzahl der Stadt Diez. Eine höhere Einwohnerzahl hat grundsätzlich positive Auswirkungen auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich.
- (2) Die Höhe der zukünftigen Schlüsselzuweisungen kann aufgrund der Abhängigkeit von anderen Größen, die in die Berechnung der Schlüsselzuweisungen einfließen, nicht verbindlich genannt werden.
- (3) Zwischen den kommunalen Partnern können zusätzliche Einnahmen, die durch die positiven Auswirkungen auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen generiert werden, umverteilt werden. Eine Umverteilung regeln die

kommunalen Partner untereinander. Eine Umverteilung zwischen dem Landkreis Rhein-Lahn, der Verbandsgemeinde Diez und Stadt Diez setzt voraus, dass keiner der drei kommunalen Partner mehr Mittel abgibt, als zuvor durch eine Steigerung der Schlüsselzuweisungen eingenommen wurden. Entsprechende Umverteilungen können von der Kommunalaufsicht mitgetragen werden, weil sich im Vergleich zu einer Situation ohne eigenständige Landeseinrichtung keine Verschlechterung in der Finanzsituation ergibt.

7. Ausländerbehörde

Für die Wahrnehmung der ausländerbehördlichen Aufgaben für die Erstaufnahmeeinrichtung werden dem Landkreis die erforderlichen Personal- und Sachkosten durch das Land erstattet. Die landesweit einheitlich angewandte Erstattungsregelung wurde mit Schreiben des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen an Herrn Landrat Puchtler vom 12.11. 2015 mitgeteilt und für 5,2 Stellen zugesichert. Sofern sich eine Änderung bei der Unterbringungskapazität oder in der Aufgabenzuweisung z.B. (Ausreiseberatung und Aufenthaltsbeendigung) ergeben sollte, erfolgt eine entsprechende Bedarfsanpassung.

8. Ärztliche Versorgung

- (1) Zur Sicherstellung der medizinischen Erst- und Pflichtuntersuchungen (Abklärung von Infektionskrankheiten) wird das zuständige Gesundheitsamt die nötigen personellen Voraussetzungen schaffen. Das Land verpflichtet sich, in der Erstaufnahmeeinrichtung Räume für die Pflichtuntersuchung bereitzustellen. Die notwendigen Personal- und Sachkosten der medizinischen Erst- und Pflichtuntersuchungen werden dem Gesundheitsamt über Untersuchungspauschalen vom Land erstattet. Der Landkreis, das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie und das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen klären gemeinsam, wie langfristig die erforderlichen Röntgenuntersuchungen sichergestellt werden.
- (2) Zur allgemeinärztlichen Versorgung der Asylsuchenden wird das Land eine eigene ambulante Krankenstation mit regelmäßigen Sprechstunden in der Erstaufnahmeeinrichtung einrichten. Die Besetzung der Sprechzeiten erfolgt im Rahmen eines Vertrages mit den ärztlichen Vereinigungen. Das Angebot erfolgt zusätzlich zu den allgemeinen Sprechzeiten in den Arztpraxen vor Ort.
- (3) Zur Sicherung der ambulanten ärztlichen und stationären belegärztlichen Versorgung unterhält das Land einen Vertrag mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Diese Vereinbarung, die sich am Standort Trier bewährt hat, wird auf den Standort Diez erweitert.

- (4) Neben der allgemeinen hausärztlichen bzw. einer notwendigen stationären Versorgung der Asylbegehrenden soll auch am Standort in Diez das MEDEUS-Programm umgesetzt werden, das unter anderem für jeden Asylbegehrenden ein umfassendes Schutzimpfungsprogramm sowie eine orientierende Untersuchung vorsieht. Hier hat sich am Standort Trier eine Kooperation mit dem ortsansässigen Krankenhaus sehr bewährt, so dass auch für Diez eine Kooperation vor Ort geprüft wird.

9. Rettungsdienst:

- (1) Die medizinische Versorgung der Flüchtlinge kann auch Auswirkungen auf den Rettungsdienst haben, z. B. über mehr Notarzteinsätze oder eine stärkere Inanspruchnahme der örtlichen Rettungswachen. Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises als die zuständige Behörde für den Rettungsdienst im Rettungsdienstbereich Montabaur. Dies betrifft zum einen umfangreiche Beratungsleistungen bis hin zur Unterstützung bei Verhandlungsgesprächen.
- (2) Im Bedarfsfall führt das Land auch ein Kosteneinigungsverfahren nach § 23 Rettungsdienstgesetz durch, falls sich das Krankenhaus und die Kostenträger des Rettungsdienstes, also die Krankenkassen, nicht auf einen angemessenen, zur Deckung der entstehenden Kosten benötigten, Finanzausgleich einigen können.

10. Stärkung des DRK Krankenhauses in Diez:

Die Ausweisung als bedarfsnotwendiges Plankrankenhaus im Landeskrankenhausplan ist langfristig sichergestellt. Hier wird schnellstmöglich eine Abstimmung mit der Geschäftsführung des DRK Krankenhauses bzw. der Geschäftsführung der DRK Trägergesellschaft Süd-West mbH über das weitere Vorgehen erfolgen. Durch den Betrieb der Aufnahmeeinrichtung ist davon auszugehen, dass sich dies auf die Belegungszahlen des DRK Krankenhauses auswirken wird.

11. Jugendzentrum Diez (in Trägerschaft der VG Diez)

In Diez besteht ein Bedarf im Bereich offener, sozialräumlicher Jugendarbeit, die unterstützend wirkt im Hinblick auf die Akzeptanz gegenüber der Flüchtlingseinrichtung und die Stärkung des interkulturellen Miteinanders fördert. Das Ministerium unterhält Förderprogramme der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, aus denen die Förderung eines entsprechenden Projektes grundsätzlich möglich ist. Bei Vorlage eines entsprechenden Antrags durch den Träger des Jugendzentrums wird das Land die Förderung wohlwollend prüfen.

12. Projektförderung

Im Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen stehen Landesmittel zur Förderung der Projektarbeit von rheinland-pfälzischen Vereinen, Initiativen und Organisationen im Bereich der Integration zur Verfügung. Zur Förderung von integrationsbezogenen Projekten oder zur Koordination und Unterstützung der Kommune beim Aufbau der AfA können hier zusätzliche Mittel beantragt werden. Bei Vorlage eines entsprechenden Antrags wird das Land die Fördermöglichkeit wohlwollend prüfen und bescheiden.

13. Polizei

Die Sicherheitsbehörden und damit in erster Linie die Polizei stehen zurzeit vor besonderen Herausforderungen. Diese betreffen alle Bundesländer und sind kein singuläres Phänomen in Rheinland-Pfalz. Die Übergriffe zum Nachteil von Flüchtlingsunterkünften und die Konflikte unter Asylsuchenden nehmen zu, die Stimmung im rechtsextremistischen Lager heizt sich auf. Diese Dynamik bereitet allen Sicherheitsverantwortlichen, allen voran der Polizei, Sorgen. Die wachsende Zahl von Erstaufnahmeeinrichtungen und kommunalen Folgeunterkünften einerseits sowie andererseits die allgemeine Sicherheitslage, erfordern deshalb polizeilichen Schutzmaßnahmen mit einer flächendeckenden Verfügbarkeit von Polizeibeamtinnen und -beamten.

Die Verstärkung von Polizeidienststellen mit Flüchtlingsunterkünften erfolgt daher im Rahmen eines Raumschutzkonzeptes. Dieses beinhaltet den landesweiten Einsatz von speziell dafür vorgesehenen Streifenbesatzungen, die auf die Polizeipräsidien verteilt und dort zentral koordiniert werden. Es ermöglicht eine Schwerpunktsetzung und einen flexiblen Kräfteinsatz an Brennpunkten, insbesondere an den großen Flüchtlingsunterkünften und damit auch in Diez.

Damit werden die Schutzmaßnahmen der zuständigen Polizeiinspektion wirkungsvoll unterstützt und ergänzt.

14. Berufliche und Sprachliche Bildung

Viele Asylbegehrende verfügen über persönliche und berufliche Fähigkeiten. Es ist das gemeinsame Interesse frühzeitig zu prüfen, welche beruflichen und persönlichen Qualifikationen die Asylbegehrenden aus ihren Heimatländern mitbringen, welche beruflichen Fähigkeiten sie haben und welche Wege für eine möglichst zügige Arbeitsmarkteingliederung bestehen.

Bereits in der AfA werden Angebote zur Sprachvermittlung bereitgestellt.

In der Erstaufnahmeeinrichtung in Diez wird für alle Asylsuchenden (nicht

nur ausgewählte Herkunftsstaaten) ein Screening hinsichtlich ihrer Bildungsbiografie und der mit-gebrachten Qualifikationen angeboten. Die Teilnahme ist für die betroffenen Asylsuchenden freiwillig.

Im Anschluss an die Datenerfassung erhalten die Asylsuchenden eine erste Vorberatung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur für Arbeit. Bei dieser Vorberatung können Asylsuchende, die über besonders nachgefragte Qualifikationen verfügen, für die es in einer bestimmten Kommune/Region entsprechende Nachfrage gibt bzw. für die geeignete Nachqualifizierungsangebote bestehen, auf solche Möglichkeiten hingewiesen werden. Die Bedarfe werden notiert und bei der Verteilung auf Wunsch entsprechend berücksichtigt.

Land und Kommunen prüfen, welche Möglichkeiten der Kooperation mit Einrichtungen vor Ort bestehen.

15. Brandschutzmaßnahmen des Betreibers

Das Land gewährleistet die notwendige Schulung des Sicherheitspersonals in der Art, dass eine Erst-Brandbekämpfung vorgenommen werden kann, Kenntnisse bezüglich Freihaltung der Rettungswege sowie des vorbeugenden Brandschutzes vorhanden sind und eine zielgerechte Unterstützung der Feuerwehr bei Brandalarmen erfolgen kann.

16. Zuweisungen von Asylbewerbern

Das Land wird im Hinblick auf die AfA in der Stadt Diez dem Landkreis Rhein-Lahn bei der Berechnung für kommunale Gebietskörperschaften, in denen Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende gem. § 44 AsylVfG eingerichtet sind, eine jährliche Zuweisungsgutschrift von 8 vom Hundert der eingerichteten Unterkunftsplätze gewähren.

17. Einrichtung eines AfA Beirats

Die Unterzeichner richten einen Beirat für die Aufnahmeeinrichtung ein. Der AfA-Beirat soll eine laufende Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Akteuren in Diez sicherstellen, das gedeihliche Zusammenleben von Einwohnerinnen und Einwohnern und Flüchtlingen fördern, Initiativen zur Unterstützung der Flüchtlinge koordinieren sowie Probleme frühzeitig erkennen und erörtern.

In dem Beirat sind jeweils ein Vertreter oder eine Vertreterin der Stadt, der Verbandsgemeinde und des Landkreises und drei Vertreter oder Vertreterinnen des Landes (MIFKJF, AfA und ADD) sowie eine Vertreterin oder ein Vertreter der Polizei vertreten.

Akteure der Zivilgesellschaft – Kirchen, Unternehmen und ihre Verbände, Wirtschaftskammern, Gewerkschaften, Vereine, Träger der freien

Wohlfahrt und Initiativen –, die an der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele mitarbeiten wollen, sollen ebenfalls zur Mitarbeit im Beirat eingeladen werden.

18. Gültigkeit der Vereinbarung

Die Vereinbarung wird für einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschlossen.

Für das Land Rheinland-Pfalz

.....
Irene Alt
Staatsministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen,

.....
Roger Lewentz
Staatsminister des Innern, für Sport und Infrastruktur,

.....
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Staatsministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

Für die Stadt Diez

.....
Frank Dobra, Stadtbürgermeister

Für die Verbandsgemeinde Diez

.....
Michael Schnatz, Bürgermeister

Für den Rhein-Lahn-Kreis

.....
Frank Puchtler, Landrat